

Inhaltsverzeichnis

WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt

WKU 1	Globalen Handelsproblemen begegnen – regionale Wirtschaftsakteure stärken (oder: „Never let a good crisis go to waste.“)	8
WKU 2	Sächsische Klima- und Energiepolitik sozialdemokratisch gestalten	10
WKU 3	Vergabeverfahren modernisieren – Wertgrenzen praxisnah anheben	13
WKU 4	Bürgerklimazentren in jeder Stadt	14
WKU 5	Genoss*innenschaften für alle!	16
WKU 6	Eine Katzenschutzverordnung für Sachsen!	18
WKU 7	Einen Neuen Tierschutz Beirat für Sachsen	20

AS - Arbeit und Soziales

AS 1	Mobile Arbeit fair gestalten	22
AS 2	Förderung von zugewanderten Frauen im Arbeitsmarkt	23
AS 3	Anpassung der Düsseldorfer Tabelle an die realen Lebensverhältnisse von Alleinerziehenden	25
AS 4	Änderung des § 4 Absatz 6 BEEG zur Wahrung der elterlichen Selbstbestimmung.	27
AS 5	Inflationsausgleich für Bezieher:innen der Grundrente	28
AS 6	40.000 EUR Schonvermögen für Rentner	29
AS 7	Doppelt belogen und betrogen: Ehemalige mosambikanische Vertragsarbeiter*innen endlich gerecht entlohnen!	30

G - Gesundheit

G 1	Verbesserung der ambulanten Versorgung von Patient*innen mit Long Covid / ME/ CFS	33
G 2	Jugendpsychiatrische Erste-Hilfe-Stellen in jedem Landkreis	34
G 3	Förderung einer Informationskampagne und verpflichtenden Weiterbildung zu Long COVID und ME/CFS für niedergelassene Ärzt*innen	35
G 4	Stärkung der Betreuung von Kindern von suchtkranken Eltern in Sachsen	37
G 5	Entstigmatisierungsprogramm für psychische Erkrankungen an Schulen	38
G 6	Kostenübernahme von Brillen und Zahnersatz durch die Krankenkassen	40
G 7	Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit Luftreinigungs- und Belüftungsanlagen	41

BJ - Bildung und Jugend

BJ 1	15-Minuten-Stadt für junge Menschen	43
BJ 2	Vereinfachte Praktikumsplätze für Minderjährige Geflüchtete	45
BJ 3	Internationale Rekrutierung von Fremdsprachenlehrkräften für Sachsen	47
BJ 4	sprache2 = programmiersprache xor fremdsprache, sprache3 = programmiersprache xor fremdsprache	48
BJ 5	Grundlegende Bildungsreform für sächsische Schulen	50
BJ 6	Erniedrigung des Kita-Schlüssels	53

DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht

DGR 1	Sicherung der Mobilität ehrenamtlich Engagierter durch Wiedereinführung der vollen Ehrenamtsentschädigung von "Wir für Sachsen"	54
DGR 2	Schutz vor Gewalt in Schutzhäusern für gefährdete Personen	55
DGR 3	Justiz in Sachsen stärken – Mehr Personal, schnellere Verfahren, bessere Ausbildung	56
DGR 4	Fair heißt: Null Toleranz für Sexismus!	59
DGR 5	Catcalling als Straftatbestand anerkennen	60
DGR 6	Keine Gesundheitsdaten für automatisierte polizeiliche Datenanalysen	62
DGR 7	Vertrauen aufbauen, Versöhnung ermöglichen - Runde Tische in ganz Sachsen schaffen	64

KVW - Kommunales, Verkehr und Wohnen

KVW 1	Wohnungspolitik statt Wohnungspolitik	66
KVW 2	Sitzgemeindeanteile der Kulturraummittel flexibilisieren	71
KVW 3	Antrag für bezahlbare Führerscheine für alle – Mobilität darf kein Luxus sein	72
KVW 4	Der Weg ist das Ziel – der Führerschein der Zukunft für alle	74
KVW 5	Wenn Fuß auf dem Gas, muss Handy aus der Hand	77
KVW 6	Die Erstellung von INSEK/INGEKO* standardisieren und vollständig aus Landesmitteln finanzieren	79
KVW 7	Antrag zur Kulturerhaltung im Landkreis Zwickau – Sicherung der Zukunft des Theaters Plauen-Zwickau	80
KVW 8	Null-EURO Ticket für Rentner im ÖPNV	82

P - Parteileben

P 1	Zukunftsfähigkeit und Netzwerkstärkung der SPD-Ochsentour	83
P 2	Einführung einer Regionalquote zur Besetzung des Landesvorstandes der SPD Sachsen	86
P 3	Parteistrukturen im ländlichen Raum sichtbar und wirksam machen	88
P 4	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf Landesebene professionalisieren	89

Antrag WKU 1: Globalen Handelsproblemen begegnen – regionale Wirtschaftsakteure stärken (oder: „Never let a good crisis go to waste.“)

Laufende Nummer: 52

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	1

- 1 Die SPD Sachsen fordert die Mitglieder von SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, in der
- 2 Sächsischen Staatsregierung, SPD-Bundestagsfraktion und der S&D-Fraktion im
- 3 Europäischen Parlament auf, durch sozialdemokratische Wirtschaftspolitik:
- 4 • sächsische Unternehmen bei der Sicherstellung technologischer und insbesondere
- 5 digitaler Souveränität zu unterstützen und damit auch wirtschaftliche Chancen in
- 6 Zukunftsbereichen zu eröffnen,
- 7 • sächsische Unternehmen bei der Diversifizierung von fairen, nachhaltigen und
- 8 menschenrechtskonformen Lieferketten zu bestärken und neue Märkte zu
- 9 erschließen,
- 10 • alle nötigen Maßnahmen zur Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen
- 11 Energiequellen verstärkt anzugehen und dabei die Menschen vor Ort einzubinden,
- 12 • auf europäischer Ebene für geeinte, wertebasierte und gleichwohl wirksame
- 13 Handels- und Wettbewerbspolitik zu kämpfen.

Begründung

Unsere Welt befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Russland attackiert als neoimperialer Akteur Nachbarstaaten und schreckt offenbar auch vor Aktivitäten in Deutschland und Sachsen nicht zurück. China schickt sich durch teils staatlich subventionierte Produkte wie Solarzellen oder E-Autos an, wirtschaftliche Akteure in Europa vom Markt zu verdrängen und mittels seiner finanziellen Macht Knowhow aufzukaufen, parallel verschärft sich der Taiwan-Konflikt zusehends. Die USA sind seit dem Amtsantritt der neuen Administration unter Präsident Trump zu einem wirtschaftspolitisch unberechenbaren Akteur geworden, begleitet z. B. von einer erratisch anmutenden Zollpolitik. Diese führt nicht zuletzt auch dazu, dass bestimmte Waren kaum noch realistisch einen US-Marktzugang haben und wahrscheinlich auf EU-Märkten zu neuen Disruptionen führen können.

Weitere kleinere Störungen können Entwicklungen zusätzlich beeinträchtigen – seien es Naturkatastrophen in Liefer- oder Zielländern (Dürren, Überschwemmungen, Vulkanausbrüche), technische, natürlich oder politisch bedingte Störungen oder Blockaden von Handelswegen (Suez- oder Panama- Kanal, Rotes Meer, Straße von Taiwan) oder neue Krankheitswellen. Durch die globalen Interdependenzen verstärken sich lokale Effekte zu einem globalen Problem.

Eine wesentliche Aufgabe sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik muss es daher sein, unternehmerische und gesamtwirtschaftliche Resilienz zu fördern und bürokratische Hürden abzubauen, ohne langwierig erkämpfte Standards für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder den Umweltschutz zu schleifen. Dazu gehören u. a. forschungsstarke Unternehmen genauso wie ausgründungsstarke Hochschulen, eine stabile

verkehrliche genauso wie funktionierende und integrierende soziale Infrastruktur, zielgerichtete und unbürokratische Förderungen für Unternehmen genauso wie klare und konsequent durchgesetzte Forderungen an Unternehmen.

Diese Politik kann es uns ermöglichen resilient zu werden und Chancen aus Veränderungen und Krisen zu nutzen. Sachsen ist in Zukunftsfeldern und bei Schlüsseltechnologien wie Halbleitern, Batteriezellen/erneuerbaren Energien oder grünen Technologien bereits gut aufgestellt – diese Vorteile gilt es zu sichern und auszubauen.

Antrag WKU 2: Sächsische Klima- und Energiepolitik sozialdemokratisch gestalten

Laufende Nummer: 53

Antragsteller*in:	PG Klima & Energie der SPD Sachsen
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	1

- 1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im
2 Sächsischen Landtag sowie an den Staatsminister für Klima & Energie weiterleiten:
- 3 Das Gelingen einer ambitionierten und sozial gerechten Klima- und Energiepolitik ist
4 für den sozialen Frieden der Gesellschaft, die Zukunftsfähigkeit der sächsischen
5 Wirtschaft und auch für das Einhalten des globalen 1,5 Grad-Ziels unabdingbar. Durch
6 die Koalitionsverträge von Union und SPD in Bund und Land ist der politische Rahmen
7 abgesteckt, in dem Sachsen die Energiewende umsetzen wird.
- 8 Eine erfolgreiche sozialdemokratische Klima- und Energiepolitik bringt die
9 Erfordernisse der notwendigen Transformation mit dem Anspruch einer sozial gerechten
10 und ganzheitlichen Vorgehensweise zusammen:
- 11 • Das beschlossene **Sondervermögen Infrastruktur** des Bundes kann einen wichtigen
12 Beitrag leisten, um die Lasten der Transformation zu tragen. Die finanziellen
13 **Bedarfe für die Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 sollten priorisiert**
14 werden. Vordringlich ist die Förderung der kommunalen Wärmeplanung, damit die
15 Städte und Gemeinden bis 2027 belastbare Konzepte für eine klimaneutrale
16 Wärmeversorgung entwickeln und diese dann auch umsetzen können. Ferner soll sich
17 die Staatsregierung dafür einsetzen, dass die Mittel aus dem Sondervermögen und
18 dem Klimatransformationsfonds des Bundes auch für die **Klimaanpassung** eingesetzt
19 werden können. Durch kluge Investitionen in intelligenten Hochwasserschutz und
20 Wasserhaltung, Waldumbau oder urbane Hitzeschutzkonzepte können künftige Kosten
21 erheblich vermieden werden.
 - 22 • Im Bereich der Wärmeversorgung sind erhebliche Anstrengungen nötig, um einen
23 absehbaren **Preisschock für Verbraucher:innen** durch die Eingliederung des
24 Wärmesektors in das **CO2-Emissionshandels-System EU-ETS 2 ab 2027 abzufedern**. Es
25 hängt in erster Linie davon ab, ob eine schnelle Dekarbonisierung im Rahmen der
26 Kommunalen Wärmeplanung gelingt. Der Freistaat soll sich beim Bund und der EU
27 dafür einsetzen, dass der Klimasozialfonds der EU zur **Abfederung von sozialen**
28 **Härten** angemessen ausgestattet wird und dass der Bund eine entsprechende
29 Kompensation der Preisanstiege infolge des Emissionshandels, vor allem für
30 private Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen auf den Weg bringt, z.B.
31 durch ein Klimageld oder eine Berücksichtigung beim Wohngeld. Bei der Errichtung
32 eines Investitionsfonds für Wohnungsbau und Energieinfrastruktur soll auch der
33 (Gebäude)Wärmesektor einbezogen werden.
 - 34 • Für den Erfolg der Energiewende benötigen wir alle regenerativen Energiequellen.
35 Die **Geothermie** hat als Energieträger für Wärme, Strom und die industrielle

- 36 Nutzung ein **großes Potential in Sachsen**. Das gilt insbesondere für das Vogtland,
37 in dem eine relevante seismische Aktivität herrscht. Die Staatsregierung soll
38 mit ihren nachgeordneten Behörden die Potentiale prüfen und eine
39 **Geothermie-Strategie für Sachsen entwickeln**. Dabei ist die Einbindung von
40 Wissenschaft, kommunalen Akteur:innen und Wirtschaftsakteuren bereits im
41 Strategieprozess sicherzustellen. Pilotprojekte mit Forschungs- und
42 Demonstrations-Charakter sollen gezielt gefördert werden. Das SMWA sollte
43 hierbei eine federführende Rolle einnehmen.
- 44 • Die **Rahmenbedingungen für Windenergieausbau** wollen wir **entbürokratisieren** und
45 flexibilisieren. Am Vorziehen des Flächenziels wollen wir im Grundsatz
46 festhalten, jedoch ist zu prüfen, ob die Verteilung zwischen den
47 Planungsregionen solidarisch angepasst werden kann. In den Planungsverfahren
48 setzen wir uns für Entbürokratisierung ein: So soll die **Flexiklausel**, die es
49 Gemeinden erlaubt, eigenverantwortlich Windgebiete auszuweisen, **entfristet** und
50 für Windenergieanlagen die **nachbarschaftsrechtliche Abstandsflächenregelung**(wie
51 in Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg) **abgeschafft** werden.
- 52 • Zur **Beschleunigung der Energiewende** sollen geeignete **Landesflächen im**
53 **Eigenbedarf genutzt oder verpachtet** werden. Diese Dienstleistung ist auch den
54 Kommunen anzubieten. Es ist zu prüfen, ob ein Landesfonds aufgelegt werden kann,
55 der etwa Anteile des Generationenfonds in entsprechenden Vorhaben rentierlich
56 anlegt. Dieser Fonds könnte auch für die Sächsischen und Sachsen geöffnet werden,
57 damit diese die Möglichkeit haben, in ein klimaneutrales Sachsen von morgen zu
58 investieren.
- 59 • Die **Energiewende** wird **nur gelingen, wenn** neben dem Ausbau von Erneuerbaren
60 Energien auch das **Stromnetz mitwächst** und die Einspeisung und Speicherung von
61 großen Strommengen zu bestimmten Zeiten gelingt. Die **Strompreise** für Unternehmen
62 aber auch die privaten Haushalte müssen **ein akzeptables Niveau erreichen**. Die
63 Staatsregierung und hierbei das SMWA sollen sich im Sinne des Freistaates sowie
64 seiner Bürger:innen und Unternehmen weiter dafür beim Bund einsetzen.
- 65 • Die Energiewende lebt von ihrer **Akzeptanz**. Der Freistaat Sachsen benötigt eine
66 angepasste **Strategie für die Akzeptanz der Energiewende**, die
67 gesamtgesellschaftlich trägt und auch auf kommunaler Ebene überzeugt. Hierfür
68 muss der Freistaat im Verbund mit der kommunalen Ebene, der Wissenschaft und der
69 Zivilgesellschaft für die Energiewende eintreten. Es bedarf einer **klaren und**
70 **widerspruchsfreien Kommunikation auf allen staatlichen Ebenen**. Dazu gehört, auch
71 Gegennarrative und -kampagnen gegen Desinformation, Fake Science und
72 Verschwörungsmmythen zu entwickeln und vor Ort frühzeitige und starke
73 Überzeugungsarbeit zu leisten. Entsprechende Akteure wie die SAENA sollten dafür
74 gestärkt oder die Einrichtung regionaler Energieagenturen geprüft werden.
- 75 • Akzeptanz entsteht auch durch eine **angemessene wirtschaftliche Beteiligung**.
76 Deshalb wollen wir das bestehende sächsische
77 **Erneuerbarer-Energien-Ertragsbeteiligungsgesetz weiterentwickeln**. Künftig soll
78 zusätzlich zu den 0,2 Cent/kWh bei Wind und 0,1 Cent/kWh bei Solar für die
79 Gemeinden auch 0,1 Cent/kWh **verpflichtend an die Bürger:innen ausgeschüttet**,
80 beispielsweise in Form von Bürger:innen-Stromtarifen. Darüber hinaus **fördern wir**
81 **verstärkt Bürger:innen-Energiegenossenschaften**, etwa durch Beratung und

82 Netzwerkarbeit.

83 Als Sozialdemokrat:innen begreifen wir Klima- und Energiepolitik als **solidarische**

84 **Gemeinschaftsaufgabe**: Wir schaffen gesellschaftliche Akzeptanz durch Teilhabe, setzen

85 Wachstumsimpulse durch Investitionen in die Infrastruktur und sorgen durch einen

86 Lastenausgleich für soziale Gerechtigkeit. Auf diese Weise bringen wir die

87 Energiewende wieder auf die Erfolgsspur und machen sie zu einem Erfolgsprojekt für

88 Sachsen und fürs Klima.

Antrag WKU 3: Vergabeverfahren modernisieren – Wertgrenzen praxisnah anheben

Laufende Nummer: 48

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	1

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, die Landtagsfraktion aufzufordern, im Rahmen
- 2 der anstehenden Überarbeitung der landesrechtlichen Grundlagen der
- 3 Unterschwellenvergabe Direktvergaben künftig bis zu einem Auftragswert von 15.000
- 4 Euro zu ermöglichen.

Begründung

Kleine und mittlere Kommunen leiden unter übermäßiger Bürokratie, insbesondere bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Eine praxisgerechte Anhebung der Schwellenwerte würde Verwaltungsvorgänge beschleunigen, den Personalaufwand reduzieren und die lokale Wirtschaft stärken. Gleichzeitig können transparente Kriterien sicherstellen, dass Korruption oder Wettbewerbsverzerrung vermieden werden. Der Bund hat diesen Schritt bereits getan – das Land Sachsen sollte diesem Vorbild folgen.

Antrag WKU 4: Bürgerklimazentren in jeder Stadt

Laufende Nummer: 39

Antragsteller*in:	OV Bautzen
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	1

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:
- 2 Der Landesparteitag möge sich dafür aussprechen, dass vom Bund geförderte
- 3 Bürgerklimazentren eingerichtet werden, mit dem Ziel, den Klimaschutz auf kommunaler
- 4 Ebene schneller, effektiver und partizipativer umzusetzen.
- 5 Diese Zentren sollen insbesondere in kleinen Mittelstädten entstehen, die mit 30.000
- 6 bis 40.000 Einwohnern häufig zu klein sind, um eigenständig ein wirkungsvolles
- 7 Klimaschutzmanagement zu etablieren. Gleichwohl sind sie groß genug, um als regionale
- 8 Knotenpunkte für Klimaschutz und Bürgerbeteiligung zu wirken. Die Zahl solcher Städte
- 9 bleibt praktikabel (in Deutschland gibt es insgesamt 623 Mittelstädte mit 20.000 bis
- 10 99.999 Einwohnern), sodass eine bundesweite Förderung gut steuerbar wäre.
- 11 In jedem Zentrum soll mindestens eine hauptamtliche Stelle geschaffen und vom Bund
- 12 finanziert werden. Die zunehmende Komplexität von Klimaschutzmaßnahmen,
- 13 Fördermitteln, kommunalen Netzwerken und Bürgerbeteiligungsprozessen macht eine
- 14 professionelle, kontinuierliche Begleitung unabdingbar. Ehrenamtliche Strukturen
- 15 können diese Anforderungen nicht ausreichend erfüllen.
- 16 Die Mitarbeitenden der Bürgerklimazentren sollen sich untereinander vernetzen, um
- 17 voneinander zu lernen, bewährte Ansätze zu teilen, gemeinsame Standards zu entwickeln
- 18 und Doppelstrukturen sowie ineffektive Umwege zu vermeiden.
- 19 Derzeit existierende Klimamanager:innen sind von der freiwilligen Entscheidung und
- 20 finanziellen Lage der Kommunen abhängig. Diese Struktur ist weder flächendeckend noch
- 21 gerecht verteilt, oft ohne zentrale Steuerung oder Vernetzung. Gute Ansätze versanden
- 22 häufig im Verwaltungsalltag oder im Mangel an Ressourcen und strategischer
- 23 Einbindung. Ein bundesweites Netz von Bürgerklimazentren mit klarer Mandatierung und
- 24 finanzieller Absicherung würde diese Lücke schließen.
- 25 Mit dem Fokus auf kleine Mittelstädte wird zugleich der ländliche Raum gezielt
- 26 gestärkt. Diese Regionen tragen bisher oft überdurchschnittlich viele Lasten der
- 27 Transformation, erhalten aber unterproportional wenig strukturierte Unterstützung.
- 28 Bürgerklimazentren können hier als Ankerpunkte dienen – für Klimaschutz, regionale
- 29 Wertschöpfung und neue Formen demokratischer Teilhabe.

Begründung

Klimaschutz ist keine Option, sondern eine Voraussetzung für die Lebensqualität zukünftiger Generationen – auch in Deutschland. Wissenschaftlichen Modellierungen zufolge steuern wir aktuell auf eine globale Erwärmung von etwa 2,7 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu – in Deutschland durch regionale Effekte voraussichtlich deutlich mehr. Die daraus resultierenden sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Schäden wären immens. Schon jetzt ist absehbar, dass Klimaanpassung allein nicht

ausreichen wird – und umso teurer wird, je länger wir mit wirksamem Klimaschutz zögern.

Bürgerbeteiligung hat sich als ein besonders wirkungsvoller Hebel für Klimaschutz erwiesen: Viele Menschen sind bereit, sich aktiv einzubringen, wenn sie ernst genommen, gut informiert und strukturiert begleitet werden. Doch genau hier fehlt es bislang an geeigneten, niedrighwelligen Anlaufstellen.

Bürgerklimazentren füllen diese Lücke. Sie bündeln lokale Kompetenzen, koordinieren Beteiligung, beraten Politik, Schulen, Vereine und Unternehmen vor Ort und machen Klimaschutz sichtbar und gestaltbar. Sie sorgen für Akzeptanz und Innovation gleichermaßen.

Kurzum: Bürgerklimazentren verbinden kommunale Klimapolitik, gesellschaftliches Engagement und strukturelle Förderung und schaffen damit eine tragfähige Grundlage für eine sozial gerechte, demokratisch getragene Klimawende.

Antrag WKU 5: Genoss*innenschaften für alle!

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	UB Dresden
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	1

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und über den Bundesparteitag der*
2 *SPD an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:*

3

4 Für uns ist die Demokratisierung der Wirtschaft ein zentraler Bestandteil unseres
5 sozialistischen Selbstverständnisses. Eine Demokratie, in der ein hoher Anteil der
6 Macht in der Hand einiger weniger liegt, ist langfristig nicht funktionsfähig und
7 unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung sorgt durch ihre inhärente
8 Kapitalakkumulation für genau diese Machtkonzentration.

9

10 Die Unternehmensform der Genossenschaft kann im besten Fall dafür sorgen, dass der
11 Besitz an Produktionsmitteln nicht in den Händen einzelner Kapitalist*innen, sondern
12 gemeinschaftlich in den Händen der „Beschäftigten“ (die in diesem Fall auch
13 Eigentümer*innen sind) der Betriebe liegen.

14

15 In Deutschland existieren bereits einige Wirtschaftszweige, in denen
16 Genossenschaftsmodelle üblich sind, wie Banken oder Wohnungsunternehmen. Diese sind
17 aber oftmals nur mangelhaft demokratisch organisiert, die Mitbestimmungsrechte
18 beschränken sich zum Teil auf Briefwahlen zu Vertreter*innenversammlungen alle paar
19 Jahre. Damit geht der besondere Charakter der Genoss*innenschaft gegenüber anderen
20 Eigentumsmodellen wie der Aktiengesellschaft mehr oder weniger verloren. Unsere
21 Idealvorstellung der Genoss*innenschaft ist die einer aktiven demokratischen
22 Selbstverwaltung, in der sich alle Beteiligten als gleichberechtigte Inhaber*innen
23 verstehen.

24

25 Wir fordern von staatlicher Seite nicht nur eine verstärkte steuerliche Förderung des
26 Genoss*innenschaftsmodells, sondern auch die Einführung, Bewerbung und Beratung zu
27 neuen Modellen des Genoss*innenschaftsmodells, wie Energie-, Industrie- oder IT-
28 Genoss*innenschaften.

29 Zu diesem Zweck fordern wir die Einführung von Genoss*innenschaftsberatungen, in der
30 Menschen mit dem Willen zu einer Unternehmung aktiv auf die Möglichkeiten der
31 Genoss*innenschaft hingewiesen werden. Auch Unternehmen, die oftmals akut
32 nachfolgegefährdet sind (z.B. kleine Handwerksbetriebe im ländlichen Raum) sollen
33 aktiv auf die Möglichkeit der Überführung oder Umwandlung in eine Genoss*innenschaft
34 (auch in Kooperation mehrerer betroffener Betriebe) hingewiesen werden.

35

- 36 Unser langfristiges Ziel ist die Überführung aller Unternehmen in Deutschland in
- 37 basisdemokratische Hand.

Antrag WKU 6: Eine Katzenschutzverordnung für Sachsen!

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	Leipzig OV Nordwest
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	1

- 1 *Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD Fraktion im Landtag und unsere*
- 2 *Mitglieder in der Staatsregierung weiterleiten*
- 3 Wir fordern eine politische Regelung zur Verringerung des (Straßen) Katzenleids in
- 4 Form einer landesweiten Katzenschutzverordnung!

Begründung

Um was geht es ?

Sachsen ist wieder einmal bundesweit Schlusslicht in Sachen Katzenschutz! 15 Bundesländer haben bisher eine Regelung im Sinne des §13b TierSchG umgesetzt oder entschieden. Hamburg als vorletztes Bundesland im Januar 2025.

Wir setzen uns klar für eine Regelung für ganz Sachsen ein!

Die Ziele sind:

- weniger Katzenelend,
- Überlastungen der Tierheime und Tierschützer im Ehrenamt vermeiden,
- Schutz unserer Wildtiere, insbesondere Wildvögel, Amphibien, Kleinsäugetiere aber auch Wildkatzenbestände

Wie soll das passieren:

Die Initiative Sächsische Katzenverordnung und viele Tierschützer und Tierschutzorganisationen sowie Betreiber von Tierheimen und Stationen zum Schutz von Wildtieren und besonders Wildvögeln streben eine landesweite Regelung zur Eindämmung und Kontrolle der Katzen-Vermehrungsrate an. Die Grundlage hierfür kann der §13b des Tierschutzgesetzes sein.

Damit könnten Kennzeichnung, Registrierung und Kastration aller Hauskatzen zur Pflicht werden, die ohne Aufsicht in den Freigang dürfen.

Weiter werden damit Regeln geschaffen für das Einfangen, Kastrieren und Registrieren der Streunerkatzen.

Tiere die bereits mit einer Tätowierung markiert sind, müssen ausdrücklich nicht neu markiert werden aber für alle anderen Katzen und Kater schlagen wir Chippflicht und Registrierung vor.

Alle Bemühungen, eine tierschutzgerechte Regelung für Sachsen umzusetzen, scheiterten bislang an politischen Gremien des sächsischen Landtages obwohl sich Sachverständige und auch die aktiven Tierschutzvereine eindeutig dafür aussprechen.

Nur weil wir die Probleme nicht sehen, wie in südeuropäischen Ländern, sind sie nicht weg. Kranke und verletzte Tiere verkriechen sich und verenden elendig.

Junge unkastrierte Streuner Kater streifen durch die Reviere und verletzen sich schwer in Kämpfen um Fortpflanzung.

Katzenkastration ist gelebter Tierschutz !

Lassen Sie uns gemeinsam eine Regelung für Sachsen schaffen!

Antrag WKU 7: Einen Neuen Tierschutz Beirat für Sachsen

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	Leipzig OV Nordwest
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	1

- 1 *Der Parteitag möge beschließen und an die SPD Fraktion im Landtag und unsere*
- 2 *Regierungsmitglieder weiterleiten.*
- 3 Sachsen braucht einen neuen Tierschutz Beirat des Landes mit einer der heutigen Zeit
- 4 angemessenen Besetzung, mit Berücksichtigung von wirklichen Tierschutz Themen und er
- 5 braucht eine bessere Einbindung in seiner beratenden Funktion für die
- 6 Staatsregierung.

Begründung

Der sächsische Tierschutz Beirat (TSB) wurde Anfangs der neunziger Jahre von meinem Onkel Hans Geisler als damaligen Minister für Soziales geschaffen und in seiner Besetzung in nunmehr über 30 Jahren nie angepasst.

Sachsen hat aus welchem Grund auch immer das Thema Tierschutz auf 3 Ministerien verteilt, alles was kuschelig ist als Haustiere bei Soziales, alles was als Nutztiere gelten kann bei Landwirtschaft und alles was gefährlich ist, Zähne benutzt oder giftig ist bei Inneres.

Diese Regelung führt dazu, dass Tierschutz nie übergreifend sondern immer nur in Einzelfällen betrachtet wird.

Der TSB ist angesiedelt bei Soziales, aber bildet irgendwie teilweise alle 3 Ministerien ab, siehe: [Der Sächsische Landesbeirat für Tierschutz - Tierschutz und Tiergesundheit - sachsen.de](#)

Beim Lesen der Besetzung fällt auf, dass sich dort nur Profiteure wiederfinden, denn beispielsweise die Tierschutzvereine sind die Betreiber der großen Tierheime und spiegeln nicht die Meinungen und Bemühungen der unzähligen kleinen Tierschutzvereine wieder.

Die Tierschutzbeiräte der Kommunen oder Landkreise haben ebenfalls keinen Platz um ihre kommunale Sicht dort einzubringen.

Weiter kommen Themen wie mit Tieren verbundene ökologische Landwirtschaft, oder Themen wie Tiere und Wasserschutz oder Tiere im Umweltschutz (Beweidung) oder Tiere im Klimaschutz dort nicht vor.

Es ist Zeit den sächsischen Tierschutz Beirat in die heutige Zeit zu bringen.

Und zweiter Punkt, die Sichtbarkeit und der Nutzen eines solchen Beirates im Sinne des Tierschutzes müssen deutlich besser werden. Keine der bisherigen Staatsregierungen hat den Beirat wirklich in seiner beratenden Funktion oder als Ideengeber benutzt, keine Gesetzentwürfe sind im Beirat besprochen und verbessert wurden und keine spürbaren Verbesserungen im Freistaat Sachsen der heute noch die schlechtesten Gesetze zum Tierschutz aller Bundesländer hat sind entstanden und wurden umgesetzt.

Als Beispiel soll die Beschreibung eines der letzten Termine des Landes TSB dienen.

Die Ministerien führten mit dem TSB eine Exkursion auf einen "Vorzeigebauernhof" durch. Dort wurden dem TSB Kuhhybriden vorgeführt welche in der Lage sind deutlich über 20 000 Liter Milch pro Jahr zu

geben.

Wahrlich eine tolle Methode um Tierschutz im Freistaat zu demonstrieren.

So darf es nicht weitergehen, stimmen Sie einer Veränderung des sächsischen Tierschutz Beirat zu um wirkliche Verbesserungen in dem Bereich anzuschieben. Die Chance ist heute da.

Antrag AS 1: Mobile Arbeit fair gestalten

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	SPD Frauen Sachsen
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	2

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im*
- 2 *Sächsischen Landtag sowie den Gewerkschaftsrat der SPD Sachsen weiterleiten:*
- 3 Mobiles Arbeiten erlaubt Flexibilität, es birgt jedoch auch erhebliche Risiken für
- 4 die physische und psychische Gesundheit. Mobiles Arbeiten: Chance für die bessere
- 5 Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Risiko zugleich. Besonders Frauen, die
- 6 zusätzlich Care-Arbeit verrichten, droht hier eine psychische Überlastung.
- 7 Die Frage ist, wie mobiles Arbeiten richtig und fair gestaltet werden kann. Die
- 8 Aufwendungen dafür müssen zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen fair
- 9 verteilt werden. Wir fordern Maßnahmen wie eine effektive Arbeitszeiterfassung und
- 10 Gesundheitsschulungen. Der:Die Arbeitgeber:in muss sich an Kosten, die
- 11 Arbeitnehmer:innen durch mobiles Arbeiten entstehen, fair beteiligen. Für beide
- 12 Forderungen müssen gesetzliche und tarifliche Regelungen gefunden werden.

Begründung

Wer zuhause oder mobil arbeitet, muss vor Gesundheitsrisiken geschützt werden. Das beginnt mit dem entgrenzten Arbeiten rund um die Uhr und der ständigen Erreichbarkeit. Hinzu kommt die in der Regel ergonomisch schlechte Einrichtung des heimischen Büros. Physischen und psychischen Erkrankungen vorzubeugen ist aber nicht allein Sache der Arbeitnehmer:innen, sondern unterliegt der Fürsorgepflicht der Arbeitgeber:in. Dazu gehören Maßnahmen wie Schulungen, mit denen sich besonders Frauen schützen können. Desk-Sharing und mobiles Arbeiten bedeuten zudem zuhause steigende Kosten für Möbel, Strom, Wasser oder Verpflegung, während für den:die Arbeitgeber:in die Kosten sinken. Diese Kosten gehören gerecht verteilt. Betriebliche Willkür sollte dabei zwingend mit gesetzlichen und tariflichen Regelungen unterbunden werden.

Antrag AS 2: Förderung von zugewanderten Frauen im Arbeitsmarkt

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	UB Dresden
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	2

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag der*
2 *SPD weiterleiten:*

3

4 Im allgemeinen Arbeitsmarkt sind zugewanderte Frauen mit ausländischer
5 Staatsangehörigkeit unterrepräsentiert. Besonders bei geflüchteten Personen
6 unterscheidet sich die Erwerbstätigenquote zwischen Männern und Frauen nach dem Zuzug
7 maßgeblich:

8

9 Die Erwerbstätigenquote von Frauen, die 2015 nach Deutschland geflüchtet sind, liegt
10 zehn Jahre nach ihrer Ankunft über 50 Prozentpunkte unter der der geflüchteten Männer
11 (86 % vs. 33 %) und 40 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der weiblichen
12 Bevölkerung (72 % vs. 33 %). Dafür gibt es mehrere Gründe. Ein großer Teil der neu
13 zugewanderten Frauen lebt in benachteiligten sozialen Lagen und ist regelmäßig
14 migrations- sowie genderspezifischen Stressoren ausgesetzt, wie z. B.
15 Sprachproblemen, unterschiedlichen Rollenverständnissen, Anpassungsanforderungen an
16 die mitgebrachte und die neue deutsche Kultur, Fremdenfeindlichkeit und
17 Diskriminierungserfahrungen. Zudem ist die Lebenssituation von Migrantinnen oft durch
18 eine überfordernde Mehrfachbelastung innerhalb der Familie geprägt.

19

20 Daher ist es unabdingbar, dass gering qualifizierte Frauen mit eigener
21 Migrationserfahrung und erhöhtem Unterstützungsbedarf auf dem Weg in Qualifizierung,
22 Ausbildung und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gezielt gefördert werden.
23 Dies wirkt einer möglichen (weiteren) Verfestigung der Abhängigkeit von
24 Unterstützungsleistungen entgegen.

25

26 Der Bundesparteitag möge beschließen und an die SPD Fraktion im Deutschen Bundestag
27 sowie die sozialdemokratischen Mitglieder in der Bundesregierung weiterleiten:

28

29 Die dauerhaft ausfinanzierten Unterstützungsleistungen sowie Projekte zur gezielten
30 lebenslagenorientierten Ansprache und Beratung der Frauen sowie eine kontinuierliche,
31 vertrauensvolle und individuelle Begleitung müssen gewährleistet sein. Solche
32 Projekte sollten umfassen:

33 1. Ansprache und Informationsvermittlung zu relevanten Leistungen des regulären
34 Hilfesystems

- 35 2. Empowerment-Aktivitäten
- 36 3. Beratung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- 37 4. Vernetzung mit Betrieben
- 38 5. Individuelle Begleitung

39

40 Weiterhin muss die Kinderbetreuung während der Inanspruchnahme der
41 Unterstützungsleistungen gewährleistet sein. Die Schwerpunkte der Förderung liegen
42 auf Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration. Eine nahtlose und vergleichsweise
43 langfristige Begleitung der Teilnehmerinnen – sowohl während der Maßnahme als auch
44 nach Beginn einer Ausbildung oder Beschäftigung – erhöht die Chancen einer
45 erfolgreichen Teilnahme sowie einer nachhaltigen Integration in Ausbildung und
46 Arbeit.

Begründung

Es gibt bereits Projekte wie das ESF-Plus-Bundesprogramm *MY TURN*, die an diesen Punkten ansetzen. Allerdings ist die Förderung solcher Projekte zeitlich begrenzt und nicht überall (in jedem Bundesland oder für jede Frau aufgrund begrenzter Kapazitäten) zugänglich. Um die Integration von neu zugewanderten Frauen in den Arbeitsmarkt sicherzustellen, ist es daher unabdingbar, dass wir als SPD uns auf Landes- sowie Bundesebene dafür einsetzen, solche Projekte langfristig zu finanzieren und auszuweiten.

Antrag AS 3: Anpassung der Düsseldorfer Tabelle an die realen Lebensverhältnisse von Alleinerziehenden

Laufende Nummer: 34

Antragsteller*in:	UB Vogtland
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	2

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag
2 weiterleiten: Die SPD setzt sich auf Bundesebene dafür ein, die Düsseldorfer Tabelle
3 – als zentrale Grundlage zur Bemessung des Kindesunterhalts – grundlegend zu
4 reformieren und an die tatsächlichen Lebensrealitäten von betreuenden Elternteilen
5 anzupassen.

6 Wir fordern eine Reform der Düsseldorfer Tabelle mit folgenden Zielen:

- 7 1. Einführung eines bedarfsorientierten Modells, das die tatsächlichen
8 Kostenbelastungen und Erwerbschancen in den jeweiligen Altersphasen
9 berücksichtigt.
- 10 2. Abkehr von der linearen Steigerung des Kindesunterhalts mit dem Alter zugunsten
11 einer dynamischen Anpassung, bei der insbesondere die ersten Lebensjahre
12 finanziell stärker gewichtet werden.
- 13 3. Eine regelmäßige wissenschaftliche Evaluation der Lebenshaltungskosten und
14 Betreuungssituation von Alleinerziehenden zur fortlaufenden Anpassung des
15 Modells.

Begründung

Die Düsseldorfer Tabelle, ursprünglich 1962 eingeführt, folgt bis heute einem veralteten Paradigma: Sie geht davon aus, dass mit dem Alter des Kindes auch die zu zahlenden Unterhaltsbeiträge linear steigen müssen – ungeachtet der tatsächlichen Belastung des betreuenden Elternteils. Diese Annahme entspricht nicht mehr der sozioökonomischen Wirklichkeit im Jahr 2025.

Zahlreiche Studien und Erhebungen belegen, dass insbesondere in den ersten Lebensjahren eines Kindes (0–5 Jahre) die **höchsten finanziellen Belastungen** sowie die **geringsten Erwerbschancen** für den betreuenden Elternteil bestehen – in der Regel die Mutter.

Folgende Punkte verdeutlichen die tatsächliche Kostenverteilung und Erwerbsrealität:

- **Hohe Ausgaben im Säuglings- und Kleinkindalter:** Windeln, Spezialnahrung, regelmäßig neue Kleidung durch schnelles Wachstum, Kinderwagen, Pflegeprodukte, Elternbeiträge für Krippe oder Kita und deren Doppelausstattung für Kleidung und Materialien, steigende Müllkosten durch Windelentsorgung u.v.m.
- **Einkommensverluste durch Elternzeit und Teilzeit:** Der betreuende Elternteil hat in dieser Phase kaum Chancen auf eine Vollzeitberufstätigkeit – und damit auf ausreichende ökonomische Selbstständigkeit.
- **Kostenverlagerung im Schulalter (6–11 Jahre):** Mit zunehmendem Alter sinken viele dieser Ausgaben. Gleichzeitig steigt die Möglichkeit, wieder mehr Stunden zu arbeiten, da Betreuungsangebote stabiler werden.

- **Selbstständigkeit im Jugendalter (12–18 Jahre):** In dieser Altersgruppe entfallen zusätzliche Betreuungskosten (z. B. Hort), und der betreuende Elternteil kann vielfach wieder in eine reguläre Vollzeitstelle zurückkehren.

Sozialpolitische Konsequenz:

Die aktuelle Staffelung der Düsseldorfer Tabelle führt zu einer systematischen Benachteiligung der Alleinerziehenden – vor allem in den Lebensphasen, in denen sie die stärkste finanzielle Belastung tragen und gleichzeitig die geringsten Möglichkeiten zur Einkommensgenerierung haben. Diese Praxis ist nicht nur **sozial ungerecht**, sondern auch **familien- und gleichstellungspolitisch rückwärtsgewandt**.

Stattdessen ist eine **bedarfsorientierte Umkehr** der Staffelung geboten, die die tatsächlichen Lebensrealitäten berücksichtigt. Der Unterhaltsbetrag muss sich an den **realen Bedarfen des Kindes UND der ökonomischen Lage des betreuenden Elternteils** orientieren – nicht an überkommenen Modellen aus den 1960er Jahren.

Es ist an der Zeit, dass wir als Sozialdemokrat*innen die Realität von Alleinerziehenden konsequent in den Fokus rücken. Die gerechte Verteilung von Sorgearbeit und ökonomischen Lasten ist eine Grundvoraussetzung für tatsächliche Gleichstellung. Die Reform der Düsseldorfer Tabelle ist dabei ein notwendiger Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit und moderner Familienpolitik.

Antrag AS 4: Änderung des § 4 Absatz 6 BEEG zur Wahrung der elterlichen Selbstbestimmung.

Laufende Nummer: 45

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	2

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten, dass §
- 2 4 Absatz 6 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) gestrichen wird. Diese
- 3 Regelung beschränkt derzeit den parallelen Bezug von Basiselterngeld durch beide
- 4 Elternteile auf lediglich einen der ersten zwölf Lebensmonate des Kindes.

Begründung

Das Elterngeld ist eine zentrale familienpolitische Leistung, die Eltern dabei unterstützt, sich in den ersten Lebensmonaten intensiv der Betreuung ihres Kindes widmen zu können. Die zum 1. April 2024 eingeführte Regelung greift jedoch tief in die Selbstbestimmung von Familien ein. Sie verhindert eine partnerschaftliche Aufteilung der Erziehungszeit, indem sie den gleichzeitigen Bezug einschränkt. Dies trifft insbesondere Väter, die in den ersten Monaten gemeinsam mit der Mutter das Kind betreuen möchten. Häufig decken sich diese Monate mit dem Mutterschutz, wodurch nur ein Monat voll als Basiselterngeld angerechnet werden kann. Das führt zu unnötiger Bürokratie und erschwert die Lebensplanung junger Familien. Wir setzen uns für eine flexible Gestaltung des Elterngeldbezugs ein, die den Bedürfnissen moderner Familien gerecht wird und Gleichstellung fördert.

Antrag AS 5: Inflationsausgleich für Bezieher:innen der Grundrente

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	2

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im*
2 *Sächsischen Landtag weiterleiten:*
- 3 Die Grundrente wurde 2021 auf Bundesebene für Menschen mit kleiner Rente eingeführt,
4 die mindestens 33 Jahre Beiträge gezahlt haben. Sie ist gedacht für Menschen mit
5 kleinem Einkommen in den Arbeitsjahren, wobei die Beitragsleistung mindestens 30
6 Prozent des Durchschnittsverdienstes entsprochen haben muss, und soll verhindern,
7 dass jemand nach jahrelanger harter Arbeit in die Altersarmut abrutscht. Zudem soll
8 sie das Vertrauen der Bevölkerung in die gesetzliche Rentenversicherung stärken.
- 9 In Sachsen beziehen über 100.000 Menschen den Grundrentenzuschlag, der bei etwas über
10 70 Euro liegt. Insbesondere Frauen profitieren von der Grundrente. Neben der
11 Altersrente wird der Grundrentenzuschlag auch für Hinterbliebenen- oder
12 Erwerbsminderungsrenten gewährt. Trotz des gewährten Grundrentenzuschlags liegt die
13 Durchschnittsrente der Grundrentenbezieher:innen sehr niedrig. Inflation und
14 gestiegene Lebenshaltungskosten haben diese Situation in den letzten Jahren weiter
15 verschlimmert.
- 16 Damit die Rente im Alter zum Leben ausreicht und sich die Menschen darauf verlassen
17 können, dass sie auch in dieser Lebensphase abgesichert sind, fordern wir einen
18 jährlich ausgezahlten steuerfreien Inflationsausgleich in Höhe von 1000 Euro für die
19 100.000 Bezieher:innen der Grundrente in Sachsen, wobei die Höhe des
20 Inflationsausgleichs in den nächsten Jahren dynamisch angepasst werden sollte. Die
21 SPD setzt sich weiterhin dafür ein, dass der Grundrentenzuschlag auf Bundesebene
22 erhöht wird.
- 23 Die Zahlung eines solchen Inflationsausgleichs benötigt ca. 100 Millionen Euro pro
24 Jahr an Landesmitteln und sollte solange Jahr für Jahr erfolgen, bis auf Bundesebene
25 eine ausreichende Anpassung des Grundrentenzuschlags vorgenommen wurde. Für die
26 Verwaltung und Auszahlung des Inflationsausgleichs ist die Landesdirektion Sachsen
27 zuständig. Die Auszahlung erfolgt auf Antrag unter Vorlage einer Kopie des
28 Rentenbescheids mit einem Grundrentenzuschlag.

Antrag AS 6: 40.000 EUR Schonvermögen für Rentner

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	2

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*
- 2 Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, dass jedem Rentner (in Bezug auf
- 3 Grundsicherung) in Sachsen ein unantastbares Schonvermögen von 40.000 EUR (in Worten:
- 4 vierzigtausend Euro) zusteht.

Begründung

Das Schonvermögen pro Person beträgt 10 TEUR. Guthaben über diesen Betrag muss aufgebraucht werden, ehe Sozialleistungen für Pflege und Heimunterbringung gezahlt werden. Kleinere Leistungen, z.B. Geschenke an Kinder oder Enkel müssen wohl überlegt sein. Eine Vererbung von Kapital an jüngere Generationen wird zur Illusion.

Im Niedriglohnland Sachsen betragen Spareinlagen im Durchschnitt 15.559 EUR.

Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/203152/umfrage/spareinlagen-pro-kopf-nach-bundeslaendern/>

Ein höheres Schonvermögen hat Vorteile, z.B.

- gefühlte Vermeidung, dass der Bürger sein letztes Hemd hergeben muss, ehe die Solidargemeinschaft handelt,
- vererbtes Kapital schafft Grundlagen für Wohneigentum und Wohlstand der jüngeren Generation,
- mehr Generationengerechtigkeit, Entschärfung vom Generationenkonflikt (die Jungen müssen viel zu viel für die Alten zahlen).

Antrag AS 7: Doppelt belogen und betrogen: Ehemalige mosambikanische Vertragsarbeiter*innen endlich gerecht entlohnen!

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	2

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und über den SPD-Bundesparteitag*
2 *an die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag weiterleiten:*

3 Die mosambikanische Geschichte geht auf viele Jahrhunderte zurück. Erst als Sultans-
4 Staat zur Kolonie Portugals bis zu einem Ende der Kolonialherrschaft und der Gründung
5 eines sozialistischen Landes. Der Name Mosambiks geht auf die Entdeckung der
6 Portugiesen zurück, welche auf den Sultan Mussa Al Biq trafen. Durch ein
7 Missverständnis mit dem Namen des Herrschers dachten die Portugiesen, dies sei der
8 Name des Landes.

9 Nach über 500 Jahren Kolonialgeschichte versuchten am 16. Juni 1960 Hafentarbeiter
10 für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen [1], denn das faschistische Portugal unter
11 der Herrschaft Salazars sah die Mosambikaner*innen als eigen an. 1962 gründete sich
12 die Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO), welche früher eine
13 Rebellenorganisation war und heute Staatspartei in Mosambik ist, im Nachbarland
14 Tansania, nachdem 600 Menschen durch die Proteste gestorben sind [1]. Die FRELIMO
15 wurde dabei insbesondere durch die DDR und die Sowjetunion militärisch unterstützt.
16 Am 25. April 1974 begann die Nelkenrevolution in Portugal, wobei alle portugiesischen
17 Kolonien, einschließlich Mosambik, unabhängig wurden. Am 25. Juni 1975 übernahm
18 FRELIMO entsprechend die Amtsgeschäfte der ehemaligen Kolonie und gründete den Staat,
19 welcher sozialistisch wurde.

20 Am 24. Februar 1979 wurde zwischen der DDR und der sozialistischen Volksrepublik
21 Mosambik ein Staatsabkommen unterschrieben [2]. Dieser vereinbarte Staatsvertrag
22 regelte die wirtschaftlichen und militärische Beziehungen untereinander.

23 Zentrale Rolle haben dabei aber allerdings die zukünftigen Vertragsarbeitenden
24 gespielt. Durch die Lieferungen von Waffen sollte Mosambik die Schulden, welche bei
25 der DDR gemacht wurden, begleichen. Noch im selben Jahr wurden die ersten
26 Vertragsarbeitenden in die DDR gebracht. Diese sollten laut der mosambikanischen
27 Regierung in eine produktive Ausbildung gehen, um diese später im eigenen Staat als
28 Fachkräfte für die Produktionsindustrien beschäftigen zu können. Allerdings kam es
29 nicht dazu. In der DDR wurden diese Arbeitskräfte für die Produktion in VEBs an
30 Maschinen angelernt. Dazu kam, dass 25 % monatlich des Lohns von 1979 bis zum
31 Jahresende 1985 als Lohnpflichttransferleistung [2] einbehalten wurden.

32 Ab 1986 bis 1990 wurden 60 % des Lohnes einbehalten. Diese sollten laut DDR-Regierung
33 für die mosambikanischen Vertragsarbeitenden im Land verfügbar sein.

34 Allerdings wurden damit die Schulden getilgt. Die Erhöhung der Einbehaltung ist

35 gestiegen, weil Mosambik aufgrund der Bürgerkriege gegen Portugal und RENAMO keine
36 Steinkohle mehr für die DDR verkaufen konnte. Die DDR nutzte die Steinkohle als
37 Schuldentilgung, indem sie diese billig aufkaufte und teurer auf dem internationalen
38 Markt verkaufte, um daraus die Devisen zu erhalten.

39 Durch den Mauerfall mussten allerdings rund 16.000 Vertragsarbeitende aus Mosambik
40 zurück, aufgrund des neuen Aufenthaltsgesetzes aus der Bundesrepublik Deutschland. Um
41 einen Aufenthaltstitel hier zu erhalten, waren die Voraussetzungen, dass man
42 mindestens acht Jahre in der DDR gelebt hat, einen festen Arbeitsvertrag besitzt und
43 Kenntnisse der deutschen Sprache aufwies. Rund 1000 Mosambikaner*innen blieben in den
44 neuen Bundesländern, da diese in den Betrieben weiterhin gebraucht wurden. 1991 kamen
45 einige ehemalige Vertragsarbeitende zurück, da sie bereits in Deutschland Beziehungen
46 geknüpft und Familien gegründet hatten. Den nach Mosambik Zurückgekehrten wurde
47 schnell klar, dass sie betrogen wurden. Die Sozialversicherungspässe wurden ihnen
48 entzogen und eigentlich rechtmäßig zustehende Lohnpflichttransferleistungen von der
49 DDR und der mosambikanischen Regierung einbehalten. Schnell wurden diese eine
50 marginalisierte Gruppe im eigenen Land.

51 Seit 1990 bis heute demonstrieren diese jeden Mittwoch in der Hauptstadt Maputo für
52 die Zahlung der bis heute einbehaltenen Lohnpflichttransferleistungen. 1990 zahlte
53 die Bundesrepublik ca. 75 Millionen DM an die mosambikanische Regierung, um die
54 Lohnzahlungen auszuzahlen. Allerdings wurde dieses Geld für andere Zwecke genutzt.
55 Auch den hier noch lebenden Vertragsarbeitenden wurde kein einziger Cent gezahlt. Von
56 2004 bis 2006 gab es Scheinzahlungen der mosambikanischen Regierung. In dieser Zeit
57 befand sich Mosambik in einer starken Inflation, welche die Folge hatte, dass es in
58 dieser Zeit auch eine Währungsreform gab. Meist beliefen sich die Zahlungen auf ca.
59 200 Medicaïs, was heute nur etwa 2,87 € entspricht [3]. Demzufolge klar unter dem,
60 was den Vertragsarbeitenden zusteht. Bis heute warten diese auf eine gerechte
61 Entlohnung, um endlich mit diesem Thema abzuschließen. 2019 fand anlässlich des 40.
62 Jahrestages der Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der DDR und Mosambik die
63 Magdeburger

64 Konferenz statt. Zu dieser wurde die damalige Bundesregierung, ehemalige SED-
65 Funktionär*innen und die ehemaligen Vertragsarbeitenden eingeladen [4]. Auch im
66 letzten Jahr vertrat die SED-Opferbeauftragte der Bundesregierung zusammen mit
67 Adelino Messuvria [5] die ehemaligen Vertragsarbeitenden im Menschenrechtsausschuss
68 des Deutschen Bundestages [6].

69 Adelino Messuvria betonte, dass aufgrund der geringen Lebenserwartung in Mosambik
70 viele Betroffene in seinem Alter bereits verstorben sind. Allerdings sollen diese
71 Zahlungen direkt an die nachfolgende Generation ausgezahlt werden, da diese ebenfalls
72 marginalisiert werden. Laut ihm sollten die ehemaligen Vertragsarbeitenden alle rund
73 ca. 10.000 € bekommen, da dies eine angemessene Summe sei, mit der jede*r ehemalige
74 Arbeitende zufrieden sei. Die SED-Opferbeauftragte [7] spricht sich für eine ähnliche
75 Summe aus. Diese beläuft sich auf ca. 7.000 €.

76 **Deshalb fordern wir:**

77 • Doppelt belogen und betrogen, **Mosambikaner*innen steht das Geld zu!** Die von der
78 DDR-Staatsführung einbehaltene Lohnpflichttransferzahlungen müssen von der
79 Bundesregierung als Rechtsnachfolger endlich ausgezahlt werden. Die Höhe der
80 Zahlungen soll mit der*dem amtierenden SED-Opferbeauftragten, dem

81 „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“-Projektes des Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrums der
82 Evangelische Kirchen Mitteldeutschlands (Madjermanes: Trabalhadores Moçambicanos
83 contratados na RDA [8]), der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag
84 vereinbart werden. Ideal nach der Forderung des Projektes „Vertragsarbeit
85 Mosambik-DDR“ **sollen sich diese Zahlungen auf 10.000 € belaufen.** Für die
86 Aufarbeitung sind bereits die jeweiligen SED-Opferbeauftragten der Länder [9]
87 und Vereine/Organisationen [10] tätig. Deswegen schließen wir uns dieser
88 Forderung an! Es ist auch wichtig sicherzustellen, dass das Geld auch
89 tatsächlich bei den Betroffenen ankommt und nicht in den Konten von
90 Mosambikanischen Staatsbeamten landet (siehe 1990-1992) [10]

- 91 • Dass dieses Thema richtig aufgearbeitet wird, da aus der Sicht der ehemaligen
92 Vertragsarbeitenden Deutschland aufgrund der fehlenden Aufarbeitung eine
93 Teilschuld trägt.

94

95 **Fußnoten:**

96 [1] https://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_von_Mueda? Visão História. Nr. 12.
97 Lissabon Juni 2011, S. 36.

98 [2]

99 <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wpcontent/uploads/2020/12/Transferordnung.pdf>

100 [3] 2005 gab es eine Währungsreform aufgrund der hohen Inflation. Dabei wurden bspw.
101 die 20000er Scheine zu 200ern. Damals entsprach ein 1 Medical somit 0,022 Euro.
102 Umgerechnet wären dies in Euro zur damaligen Zeit: 4,40 €

103 [4] <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/konferenz/>

104 [5] Adelino Messuvia ist einer der beiden Sprecher*innen des Projektes
105 „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“. Er selbst war einer der vielen vertragsarbeitenden
106 Mosambikaner*innen in der DDR. Er lebt heute in Suhl.

107 [6]

108 [https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2023/10/230919-KKM-
109 RB_106_S12-14_Endlich-Anerkennung_Hans-Joachim-Doering.pdf](https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2023/10/230919-KKM-RB_106_S12-14_Endlich-Anerkennung_Hans-Joachim-Doering.pdf)

110 [7] <https://www.bundestag.de/sed-opferbeauftragte>

111 [8] Portugiesischer Name des Projektes „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“

112 [9] Nur in den ostdeutschen Bundesländern

113 [10] Beispiele sind hier die Evangelische Kirchen in Mitteldeutschland, Technikmuseum
114 Magdeburg usw.

115 [https://www.spiegel.de/geschichte/ddrvertragsarbeiter-aus-mosambik-ausgegrenzt-
116 geprellt-vergessen-a-fb81c960-6da3-4e92-8678-89ad62ae482d](https://www.spiegel.de/geschichte/ddrvertragsarbeiter-aus-mosambik-ausgegrenzt-geprellt-vergessen-a-fb81c960-6da3-4e92-8678-89ad62ae482d)

Antrag G 1: Verbesserung der ambulanten Versorgung von Patient*innen mit Long Covid / ME/CFS

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	UB Dresden
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	3

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im*
- 2 *Sächsischen Landtag weiterleiten:*
- 3
- 4 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die ambulante Versorgung von Patient*innen mit
- 5 Long Covid / ME/CFS (myalgische Enzephalitis / chronisches Fatigue Syndrom) in
- 6 Sachsen verbessert wird.

Begründung

- Dies geschieht z.B. über eine spezialisierte Ambulanz unter dem Dach des Amtes für Gesundheit und Prävention der Stadt Dresden. Es soll mehrere Standorten geben sowie die Option regelmäßiger Hausbesuche, um eine wohnortnahe bzw. häusliche Versorgung zu gewährleisten, da insbesondere dieser Patientengruppe keine weiten Wege zurücklegen kann.
- An diesen Ambulanzen arbeiten entsprechend weitergebildete Fachärzt*innen aus den Bereichen der Neurologie, Kardiologie, Inneren Medizin, Schmerzmedizin etc. eng vernetzt zusammen. Ebenso stehen Sozialarbeiter*innen zur Verfügung, um bei Beratung und Beantragung von z.B. Erwerbsunfähigkeitsrenten, Pflegegrad etc. zu unterstützen.
- Alternativ sind auch Ansätze in Anlehnung an die Integrierte Versorgung denkbar.
- In Folge der Covid 19-Pandemie / Endemie sind die Fallzahlen von Long Covid als postvirale Erkrankung mit verschiedenen Symptombereichen deutlich gestiegen. In seiner schwersten Form tritt Long Covid auch als ME/CFS auf. In Folge nicht mehr bestehender Präventionsmaßnahmen und geringer Impfquote werden diese weiter steigen (Quelle: z.B. Karl Lauterbach, Runder Tisch vom 17.09.2023).
- Grundsätzlich können alle Organsysteme betroffen sein. Die Betroffenen sind, je nach Schweregrad, nicht mehr in der Lage, ihre Berufe auszuüben, am Familien- oder Sozialleben zu partizipieren. Sie leiden unter Licht- und Geräuschempfindlichkeit, zeitverzögerter Belastungsintoleranz / PEM (postexertionaler Malaise), welche zu massiven körperlichen und kognitiven Einbrüchen (sog. Crashes) führt.
- Bei der schwersten Ausprägung von ME/CFS sind die Betroffenen bettgebunden und müssen gegen sämtliche Reize von außen abgeschirmt werden. Hinzu kommen v.a. neuronale Schmerzen sowie oft POTS (posturale Tachykardie Symptom, also massive Kreislaufdysregulationen), brain fog / starke kognitive Einschränkungen, Mastzellaktivierungssyndrome etc.
- Derzeit existieren keine ursachenbezogenen Therapieansätze. Behandlung erfolgt nur auf Symptomebene und im off label-Bereich (d.h. mangels Alternativen werden Medikamente symptombezogen außerhalb ihres eigentlichen Zulassungsbereiches eingesetzt, was auch ein Regressrisiko für die Behandler*innen darstellt).

Antrag G 2: Jugendpsychiatrische Erste-Hilfe-Stellen in jedem Landkreis

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	3

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*
- 2 Psychische Erkrankungen bei Jugendlichen nehmen alarmierend zu. Laut einer Studie der
3 Techniker Krankenkasse (2023) leidet jede*r dritte junge Mensch (32 %) unter
4 psychischen Belastungen wie Depressionen oder Angststörungen. Gleichzeitig gibt es in
5 Deutschland gravierende Versorgungsengpässe:
- 6 Laut Bundesministerium für Gesundheit (BMG, 2023) beträgt die Wartezeit auf einen
7 Therapieplatz bis zu sechs Monate. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie (DGPPN,
8 2023) warnt, dass es keine geeigneten Notfallstellen für Jugendliche in akuten
9 psychischen Krisen gibt. In Notfällen landen Betroffene meist in allgemeinen
10 Notaufnahmen, die auf psychische Krisen nicht ausgelegt sind.
- 11 Das führt dazu, dass Jugendliche mit akuten Krisen keine schnelle Hilfe erhalten und
12 oft erst in einer psychiatrischen Klinik aufgenommen werden, wenn es zu spät ist.
- 13 Wir fordern die Einrichtung von "Jugendpsychiatrischen Erste-Hilfe-Stellen" in jedem
14 Landkreis. Diese sollen:
- 15 • Niedrigschwellig erreichbar sein – ohne Überweisung oder Wartezeiten.
 - 16 • tägliche verfügbar sein mit Fachkräften aus Jugendpsychologie und Sozialarbeit.
 - 17 • Akutversorgung bieten, ähnlich wie Notaufnahmen, aber für psychische Krisen.
 - 18 • Kostenfrei und anonym sein, um Hemmschwellen abzubauen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag G 3: Förderung einer Informationskampagne und verpflichtenden Weiterbildung zu Long COVID und ME/CFS für niedergelassene Ärzt*innen

Laufende Nummer: 42

Antragsteller*in:	AG ASG
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	3

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 1. Informationskampagne:

4 Das sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen
5 Zusammenhalt wird aufgefordert, eine umfassende Informationskampagne für
6 niedergelassene Ärzt*innen zu initiieren. Ziel der Kampagne ist es, die Ärzt*innen
7 über die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Long COVID und ME/CFS zu
8 informieren und ihnen praxisnahe Handlungsempfehlungen an die Hand zu geben.

9

10 2. Verpflichtende Weiterbildung:

11 Das sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen
12 Zusammenhalt wird aufgefordert sich bei der Selbstverwaltung (Kassenärztliche
13 Vereinigung Sachsen und Ärztekammer Sachsen) dafür einzusetzen, dass verpflichtende
14 Weiterbildungsmaßnahmen zu Long COVID und ME/CFS eingeführt werden. Diese
15 Weiterbildungen sollen mindestens folgende Inhalte umfassen:

- 16 - Erkennung und Diagnostik der Krankheitsbilder
- 17 - Interdisziplinäre Behandlungsansätze
- 18 - Umgang mit den psychosozialen Auswirkungen der Erkrankungen

19

20 3. Förderung interdisziplinärer Zusammenarbeit:

21 Es wird angeregt, dass die Weiterbildung auch den Austausch zwischen verschiedenen
22 Fachgruppen wie Neurolog*innen, Internist*innen, Schmerztherapeut*innen und
23 Psycholog*innen fördert, um eine ganzheitliche Versorgung der Patient*innen zu
24 gewährleisten.

25

26 4. Evaluation und Weiterentwicklung:

27 Die Wirksamkeit der Informationskampagne und Weiterbildungsmaßnahmen sollen
28 regelmäßig evaluiert und bei Bedarf weiterentwickelt werden, um den aktuellen
29 wissenschaftlichen Erkenntnissen gerecht zu werden.

30

31 Kostenabschätzung:

32 Die Umsetzung der Informationskampagne und der Weiterbildungsmaßnahmen erfordert
33 zusätzliche finanzielle Mittel, die durch das Staatsministerium bereitgestellt werden
34 sollen. Eine genaue Kostenabschätzung sollte durch eine Expert*innenkommission
35 erfolgen.

36

37 Zeithorizont / Umsetzungsvorschläge:

38 Kurzfristig (innerhalb von 1 Jahr):

39 - Start der Informationskampagne und Entwicklung der Weiterbildungsprogramme.

40 Mittelfristig (innerhalb von 3 Jahren):

41 - Einführung der verpflichtenden Weiterbildungsmaßnahmen und erste Evaluation der
42 Ergebnisse.

43

44 Quellen / Verweise:

45 • [NICE-Leitlinien zu ME/CFS](<https://nice.org.uk/guidance/ng206>)

46 • [Ergebnisse einer paneuropäischen Umfrage zu ME/CFS](
47 <https://www.mecfs.de/ergebnisse-einer-paneuropaeischen-umfrage-zu-me-cfs/>)

48 • [Bericht der WHO zu Long COVID](
49 <https://www.who.int/publications/i/item/clinical-management-of-covid-19>)

50

51 Diese Anlage soll die Dringlichkeit der Maßnahmen unterstreichen und konkrete
52 Handlungsvorschläge für eine verbesserte Versorgung von Patient*innen mit Long COVID
53 und ME/CFS in Sachsen liefern.

Begründung

Long COVID und Myalgische Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue-Syndrom (ME/CFS) sind schwerwiegende Erkrankungen, die in der medizinischen Versorgung oft unzureichend berücksichtigt werden. Beide Krankheitsbilder sind durch komplexe und oft lebensverändernde Symptome gekennzeichnet, darunter extreme Erschöpfung, kognitive Einschränkungen und Schmerzen, die die Lebensqualität der Betroffenen erheblich beeinträchtigen. Besonders ME/CFS ist in Deutschland stark unterdiagnostiziert, und viele Patient*innen erleben eine jahrelange Odyssee, bevor sie eine korrekte Diagnose erhalten.

Die niedergelassenen Ärzt*innen, insbesondere Haus-, Allgemein- und Kinderärzt*innen, spielen eine zentrale Rolle bei der Erstversorgung und Diagnosestellung. Dennoch fehlt es häufig an spezifischem Wissen und Weiterbildungsmöglichkeiten, um diese komplexen Krankheitsbilder zu erkennen und angemessen zu behandeln. Eine gezielte Informationskampagne sowie verpflichtende Weiterbildungsmaßnahmen sind daher essenziell, um die Versorgung der Betroffenen zu verbessern und die Belastung für das Gesundheitssystem zu reduzieren.

Antrag G 4: Stärkung der Betreuung von Kindern von suchtkranken Eltern in Sachsen

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	3

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im
2 Sächsischen Landtag weiterleiten, dass die Betreuung sowie Behandlung der Kinder von
3 Eltern, die die Diagnose einer Substanzstörung erfüllen, gestärkt wird. (Zum Beispiel
4 durch das Fetale Alkoholspektrumstörungen (FASD) werden durch Alkoholkonsum in der
5 Schwangerschaft und mit einer Häufigkeit von 2% die häufigste Ursache für eine
6 angeborene lebenslange Behinderung verursacht; durch den Konsum von Chrsyl Meth
7 können Beeinträchtigungen oder Behinderungen des Neugeborenen entstehen.)Es muss
8 auch berücksichtigt werden, dass schon in der Schwangerschaft die Einbindung der
9 Mütter in ein umfassendes Betreuungssystem gewährleistet sein muss. Die Betreuung
10 sowie Behandlung dieser Kinder muss von der unmittelbaren Nachsorge im Anschluss an
11 die Geburt bis ins Erwachsenenalter garantiert sein. Die unmittelbare Nachsorge nach
12 der Geburt kann nur geschehen durch die zweckgebundene finanzielle und personelle
13 Ausstattung der sächsischen Kliniken im Bereich der intensivmedizinischen und
14 neonatalen Versorgung. Es müssen Vernetzungs- und Koordinierungsstellen zwischen den
15 Kliniken, den Kommunen, den Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtungen, den Jugendämtern
16 und den psychosozialen Beratungsstellen, sowie den Spezialambulanzen für
17 Substanzstörungen, in Sachsen geschaffen werden.

Begründung

Nach dem der Deutsche Bundestag am 29. Januar 2025 eine Beschlussempfehlung und einen Bericht zum Antrag vom 02.07.2024 (s. Drucksachen 20/14786 und 20/12019) angenommen hat, ist eine Umsetzung im Freistaat notwendig.

Antrag G 5: Entstigmatisierungsprogramm für psychische Erkrankungen an Schulen

Laufende Nummer: 29

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	3

- 1 Psychische Erkrankungen sind unter Jugendlichen oft ein Tabu-Thema. Laut einer Studie
2 der DAK (2023) geben 44 % der Jugendlichen an, sich nicht zu trauen, über psychische
3 Probleme zu sprechen. Die Gründe:
- 4 • Unwissenheit: Viele erkennen Symptome nicht oder nehmen sie nicht ernst.
 - 5 • Angst vor Stigmatisierung: Psychische Erkrankungen werden oft als „Schwäche“
6 angesehen.
 - 7 • Mangelnde Aufklärung: In Lehrplänen spielt psychische Gesundheit kaum eine
8 Rolle.
- 9 Laut der DGPPN (2023) erhalten 70 % der Jugendlichen mit Depressionen keine
10 rechtzeitige Hilfe, weil sie sich nicht trauen, Unterstützung zu suchen.
- 11 Wir fordern ein Schulprogramm zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen, das
12 folgende Maßnahmen beinhaltet:
- 13 • Workshops & Infoveranstaltungen für Schüler*innen, um über psychische
14 Erkrankungen aufzuklären.
 - 15 • „Mental Health“-Tage als feste Veranstaltung an Schulen.
 - 16 • Auch soll eine Zusammenarbeit mit dem bereits bestehenden Projekt „Mind Matters“
17 angestrebt werden. Erfahrungsberichte von Betroffenen, um Stigmata abzubauen.
 - 18 • Psychologische Erste-Hilfe-Kurse für Lehrkräfte, um frühzeitig Krisen zu
19 erkennen.
- 20 Um unsere Forderungen umsetzen zu können, können folgende Punkte in Betracht gezogen
21 werden:
- 22 1. Kooperation mit Kultus- und Gesundheitsministerien, um die psychische Gesundheit
23 im Schulalltag zu integrieren.
 - 24 2. Fortbildungen für Lehrkräfte etablieren. Diese Fortbildungen sollen folgende
25 Inhalte haben:
 - 26 a. Sensibilisierung für Mobbing und psychische Probleme
 - 27 b. Fachgerechter Umgang und Unterstützung von Schüler*innen mit psychischen
28 Problemen
 - 29 c. Schüler*innen altersgerecht über psychische Probleme aufklären
30 koordiniertes und stressfreies Lehren
 - 31 3. Einbindung von Betroffenen als „Mental-Health-Botschafter*innen“.
 - 32 4. Finanzierung für die Gesundheit der Jugend durch Landes- und Bundesmittel
33 sicherstellen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag G 6: Kostenübernahme von Brillen und Zahnersatz durch die Krankenkassen

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	UB Dresden
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	3

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag*
2 *sowie die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:*

3

4 Die hohen Kosten für Zahnbehandlungen und Brillen stellen für viele Menschen eine
5 große finanzielle Belastung dar. Um Gesundheit und Wohlbefinden zu fördern, fordern
6 wir, dass die gesetzlichen Krankenkassen Kosten für Zahnbehandlung und
7 Brillen vollständig übernehmen.

8

9 Derzeit werden diese Leistungen von Krankenkassen nur teilweise oder gar nicht
10 erstattet, was dazu führt, dass viele Menschen sich diese wichtigen medizinischen
11 Hilfsmittel nicht leisten können. Insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen
12 oder einer chronischen Krankheit kann dies zu einer großen
13 finanziellen Belastung führen.

14

15 Die Korrektur eines beeinträchtigten Sehvermögens ist für viele Menschen von
16 entscheidender Bedeutung für gesellschaftliche Teilhabe. Wer sich das nicht leisten
17 kann, ist aufgeschmissen beim Lesen von ÖPNV-Fahrplänen, Verfassen von
18 Abschlussarbeiten, Bewerbungsschreiben und vielem anderen. Auch der Ersatz oder die
19 Korrektur und Rekonstruktion von Zähnen, Zahnfehlstellungen und Gebiss ist für viele
20 Menschen ein zentrales Element, um selbstbewusst in sozialen Kontexten aufzutreten.
21 Ist er nicht erschwinglich, ziehen sich Betroffene nicht zuletzt durch Scham zurück
22 und fehlen mit ihren individuellen Talenten.

23

24 Deswegen ist vollständige Kostenübernahme nicht nur für die betroffenen Personen,
25 sondern auch für die Gesellschaft insgesamt von großem Nutzen. Denn eine bessere
26 Gesundheitsversorgung führt zu höherer Lebensqualität und Produktivität, was sich
27 letztlich auch auf die Wirtschaft positiv und die Bereicherung der Gesellschaft als
28 Ganzes.

29

30 Deshalb fordern wir die Bundestagsfraktion der SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass
31 die Krankenkassen die vollständigen Kosten für Zahnbehandlungen und Brillen
32 übernehmen. Diese Leistungen sind für die Gesundheit und das Wohlbefinden unserer
33 Mitmenschen von entscheidender Bedeutung und sollten für alle zugänglich
34 sein, unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer sozialen Stellung.

Antrag G 7: Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit Luftreinigungs- und Belüftungsanlagen

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	UB Dresden
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	3

1 *Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:*

2

Die SPD setzt sich dafür ein, zu prüfen, wie alle noch nicht sanierten

3

Bildungseinrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen) gemäß ASR-A3.6 mit

4

den jeweiligen Raumgrößen angemessenen Luftreinigungs- und Belüftungssystemen

5

ausgestattet werden können.

6

Da grundsätzliche Um- und Neubaumaßnahmen einen Zeitrahmen von Jahren bis

7

Jahrzehnten haben, ist jedoch zu prüfen, inwieweit eine kurzfristigere Lösung in Form

8

von mobilen bzw. an den Wänden montierbaren Luftfiltern umsetzbar ist. Die

9

Belüftungsregelungen für Arbeitsstätten (ASR-A3.6) gilt bereits für Um- und

10

Neubauten, bezieht sich bislang jedoch nicht auf die Raumtemperatur der Innenräume.

11

Bei dauerhafter Zuluft über Raumlufttechnischen Anlagen (RLT-Anlagen) wird im Sommer

12

heiße Außenluft eingeblasen, was die Räume weiter aufheizt, wobei im Winter die kalte

13

Außenluft eingeblasen wird, obwohl geheizt wird.

14

Die Regelungen sind so zu ändern, dass in Einrichtungen mit RLT-Anlagen die Zuluft

15

über zusätzliche Lüftungsanlagen so ausgerichtet werden muss, dass keine zusätzliche

16

Aufheizung der Räume im Sommer geschieht und die Personen vor Überhitzung geschützt

17

werden und im Winter bei aktiver Heizung, keine kalte Außenluft eingeblasen wird, was

18

zusätzliche Kosten und negative Klimaeffekte nach sich zieht.

Antrag BJ 1: 15-Minuten-Stadt für junge Menschen

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	4

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*

2 Viele Jugendliche haben kaum Zugang zu Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten, weil
3 diese zu weit weg sind. Laut einer OECD-Studie (2022) beeinflusst der Zugang zu
4 Freizeitangeboten direkt Bildungs- und Berufschancen. Besonders ländliche Regionen
5 sind benachteiligt:

- 6 • 43 % der Jugendzentren in Sachsen wurden in den letzten 20 Jahren geschlossen.
- 7 • ÖPNV-Angebote für Jugendliche sind oft unzureichend.
- 8 • Soziale Ungleichheit steigt, wenn Kinder in Städten mehr Möglichkeiten haben als
9 auf dem Land.

10 Wir fordern daher das **Konzept der "15-Minuten-Stadt für junge Menschen"**, das
11 sicherstellt, dass:

- 12 • alle Kinder und Jugendlichen in max. 15 Minuten ein Jugendzentrum, einen
13 Sportplatz oder ein Kulturangebot erreichen können.
- 14 • mehr Jugendzentren in ländlichen Regionen geschaffen werden.
- 15 • ÖPNV-Angebote speziell für junge Menschen ausgebaut werden (z. B. Shuttle-
16 Busse).

17 Umsetzung

- 18 1. Kommunale Förderprogramme für Jugendinfrastruktur auflegen.
- 19 2. ÖPNV-Angebote gezielt für junge Menschen verbessern.
- 20 3. Nutzung leerstehender Gebäude für Jugendzentren fördern.

Begründung

Gemeinde Gersdorf im Landkreis Zwickau:

Einwohnerzahl: ca. 3.700

Verfügbarkeit von Einrichtungen: Gersdorf verfügt über ein Freibad als kommerzielle Freizeiteinrichtung, welches aber aufgrund von Hochwasserschäden schon vier Jahre geschlossen ist. Weitere Angebote wie Kinos, Fitnessstudios oder Jugendclubs sind nicht vorhanden.

Fahrzeiten zu nächstgelegenen Einrichtungen:

- Kino: Das nächstgelegene Kino befindet sich in Zwickau, etwa 15 km entfernt. Mit dem Auto beträgt die Fahrzeit ca. 20 Minuten; mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus) etwa 45 Minuten.
- Fitnessstudio: Ein Fitnessstudio in Hohenstein-Ernstthal ist ca. 10 km entfernt. Mit dem Auto dauert die Fahrt etwa 15 Minuten; mit dem Bus ca. 35 Minuten.
- Jugendclub: Ein Jugendclub befindet sich in Oelsnitz/Erzgeb., ca. 12 km entfernt. Die Fahrzeit mit dem

Auto beträgt rund 18 Minuten; mit öffentlichen Verkehrsmitteln ca. 40 Minuten.

Stadt Limbach-Oberfrohna im Chemnitzer Umland:

Einwohnerzahl: ca. 24.000

Verfügbarkeit von Einrichtungen: Die Stadt verfügt über einige Kultur- und Sporteinrichtungen. Allerdings sind spezialisierte Angebote, wie größere Jugendzentren oder spezialisierte Sportvereine, oft nur in Chemnitz verfügbar.

Fahrzeiten zu spezialisierteren Einrichtungen in Chemnitz:

- Großes Jugendzentrum: Ein größeres Jugendzentrum in Chemnitz ist ca. 15 km entfernt. Mit dem Auto beträgt die Fahrzeit etwa 20 Minuten; mit dem Bus ca. 40 Minuten.
- Spezialisierter Sportverein (z.B. Fechten): Ein solcher Verein befindet sich in Chemnitz, etwa 16 km entfernt. Die Fahrzeit mit dem Auto beträgt rund 22 Minuten; mit öffentlichen Verkehrsmitteln ca. 45 Minuten.
- Kulturzentrum: Das nächste Kulturzentrum befindet sich in Zwickau, ca. 18 km entfernt. Mit dem Auto dauert die Fahrt etwa 25 Minuten; mit dem Bus ca. 50 Minuten.
- Schwimmbad: Ein Hallenbad in Glauchau ist etwa 12 km entfernt. Die Fahrzeit mit dem Auto beträgt rund 15 Minuten; mit öffentlichen Verkehrsmitteln ca. 35 Minuten.

Gemeinde Callenberg im Landkreis Zwickau:

Einwohnerzahl: ca. 5.500

Verfügbarkeit von Einrichtungen: In Callenberg gibt es begrenzte Kultur- und Sporteinrichtungen. Für vielfältigere Angebote müssen die Bewohner in umliegende Städte fahren.

Fahrzeiten zu nächstgelegenen Einrichtungen:

- Kulturzentrum: Das nächste Kulturzentrum befindet sich in Zwickau, ca. 18 km entfernt. Mit dem Auto dauert die Fahrt etwa 25 Minuten; mit dem Bus ca. 50 Minuten.
- Schwimmbad: Ein Hallenbad in Glauchau ist etwa 12 km entfernt. Die Fahrzeit mit dem Auto beträgt rund 15 Minuten; mit öffentlichen Verkehrsmitteln ca. 35 Minuten.

Antrag BJ 2: Vereinfachte Praktikumsplätze für Minderjährige Geflüchtete

Laufende Nummer: 30

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	4

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag*
2 *weiterleiten:*

3 Allein im Jahr 2024 wurden 13.340 Asylanträge von geflüchteten Minderjährigen
4 gestellt. Hinter dieser Zahl stehen Kinder und Jugendliche, die oft traumatische
5 Erfahrungen hinter sich haben. Sie kommen verletzt, verängstigt und ohne Perspektive
6 nach Deutschland, in der Hoffnung auf Sicherheit und eine bessere Zukunft. Doch ihr
7 schwerer Weg endet hier nicht. Statt Schutz und Geborgenheit zu finden, stoßen viele
8 auf neue Herausforderungen: In den Unterkünften werden sie von Gleichaltrigen
9 gemobbt, weil sie keine Eltern haben, und in den Schulen sind sie Anfeindungen und
10 Ausgrenzung durch rassistische Mitschüler ausgesetzt.

11 Statt eine Debatte über stigmatisierende Abschiebungen zu führen, sollten wir uns
12 darauf konzentrieren, wie wir diesen Kindern eine echte Chance auf Integration bieten
13 können. Es geht nicht nur darum, ihnen ein Dach über dem Kopf zu geben, sondern ihnen
14 eine Perspektive für die Zukunft zu ermöglichen. Jeder in Deutschland sollte sich
15 bewusst machen, welchen Beitrag er leisten kann, um Integration zu erleichtern und
16 die Entstehung isolierter Parallelgesellschaften zu verhindern. Denn eine
17 funktionierende Gesellschaft basiert auf Zusammenhalt, und dieser beginnt bei den
18 Schwächsten.

19 Ein zentraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft ist die Arbeit. Sie ist weit
20 mehr als nur eine Einkommensquelle, sie strukturiert unseren Alltag, gibt uns
21 Identität und schafft soziale Bindungen. Wir verbringen im Schnitt acht Stunden am
22 Tag, 40 Stunden pro Woche und rund 50 Jahre unseres Lebens damit. Am Arbeitsplatz
23 entstehen lebenslange Freundschaften, wertvolle Netzwerke und für manche sogar die
24 große Liebe. Arbeit ist also nicht nur wirtschaftlich bedeutend, sondern auch ein
25 essenzieller Teil des sozialen Lebens.

26 Doch für geflüchtete Minderjährige ist der Weg dorthin besonders steinig. Bevor sie
27 überhaupt an eine berufliche Zukunft denken können, stehen sie vor zahlreichen
28 Hürden: Sie müssen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, eine völlig neue Sprache
29 lernen und ihre Bildungsabschlüsse anerkennen lassen, falls sie überhaupt die
30 Möglichkeit hatten, eine Schule in ihrem Herkunftsland zu besuchen. In vielen Fällen
31 müssen sie ihre Schulbildung in Deutschland von Grund auf nachholen, oft unter
32 schwierigen Bedingungen. Während deutsche Kinder in einem stabilen Umfeld aufwachsen,
33 sehen sich geflüchtete Jugendliche häufig mit Unsicherheit, Bürokratie und
34 gesellschaftlicher Ablehnung konfrontiert.

35 Integration ist keine einseitige Aufgabe, sie kann nur gelingen, wenn wir als

- 36 Gesellschaft gemeinsam daran arbeiten. Bildung, soziale Teilhabe und berufliche
37 Perspektiven sind der Schlüssel, um diesen jungen Menschen eine echte Zukunft zu
38 ermöglichen. Statt ihnen Steine in den Weg zu legen, sollten wir Brücken bauen.
- 39 Wir fordern daher die Vereinfachung der Bewerbungsbedingungen für minderjährige
40 Geflüchtete sowie die Vergabe von Praktikumsplätzen bereits mit Deutschkenntnissen
41 auf B1-Niveau und einer Aufenthaltserlaubnis. Zudem sollte berücksichtigt werden,
42 dass Zeugnisse und andere Abschlüsse möglicherweise noch nachgewiesen werden müssen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag BJ 3: Internationale Rekrutierung von Fremdsprachenlehrkräften für Sachsen

Laufende Nummer: 46

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	4

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, dass durch die Landtagsfraktion für den
- 2 Freistaat Sachsen Programme zur gezielten Anwerbung von Fremdsprachenlehrkräften aus
- 3 dem Ausland initiiert und gefördert werden. Dazu zählen auch Kooperationsprojekte mit
- 4 Sprachschulen weltweit sowie mit internationalen Hochschulen, die interessierte
- 5 Lehramtsstudierende für befristete Bildungsangebote gewinnen könnten.

Begründung

Der Fachkräftemangel im Bildungswesen ist besonders im Bereich Fremdsprachen spürbar. Statt auf langwierige inländische Ausbildungswege zu warten, können ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sowie qualifizierte Studierende aus dem Ausland kurzfristig helfen, bestehende Lücken zu schließen. Gleichzeitig wird interkulturelle Kompetenz gestärkt und der Unterricht vielfältiger gestaltet. Erfahrungen aus den 1970er Jahren zeigen, dass temporäre Anwerbeprogramme erfolgreich sein können. Durch begleitende Fortbildungen und Integrationsangebote kann der Einsatz für alle Seiten gewinnbringend gestaltet werden.

Antrag BJ 4: sprache2 = programmiersprache xor fremdsprache, sprache3 = programmiersprache xor fremdsprache

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	UB Dresden
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	4

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*

2

3 Während es im Jahr 1500 vielleicht hilfreich war, Sprachen wie Latein oder
4 Altgriechisch zu sprechen, dienen diese Sprachen heute nur noch Medizinstudierenden,
5 um sich die Namen von Knochen und Muskeln besser merken zu können. Auch moderne
6 Fremdsprachen wie Spanisch oder Französisch, die von vielen Schüler:innen auch nach
7 sieben Jahren Lernen kaum alltagstauglich beherrscht werden, haben durch die weite
8 Verbreitung des Englischen und gut funktionierenden Übersetzungs-Apps an Bedeutung
9 verloren.

10

11 Immer wichtiger wird im Informationszeitalter dagegen der Umgang und das tiefe
12 Verständnis von Software bis auf die Ebene der Programmiersprachen.
13 Programmiersprachen sind künstliche bzw. formale Sprachen. Ähnlich wie natürliche
14 Sprachen besitzen diese eine eigene Semantik und eine spezielle Syntax. Solche
15 Sprachen wirklich zu meistern, kann je nach ihrer Komplexität Jahre des Trainings
16 benötigen. Ähnlich wie bei anderen Sprachen gilt auch hier: Je früher mit dem
17 Erlernen angefangen wird, desto einfacher fällt es, die Grundsätze zu erlernen.
18 Außerdem hilft ein tiefes Wissen über den Aufbau und die Anwendung einer
19 Programmiersprache dabei, schnell eine weitere zu erlernen. Ein modernes Schulsystem
20 sollte also unbedingt das Erlernen einer Programmiersprache aktiv fördern und nicht
21 vollständig in Ganztagsangebote oder den viel zu selten angebotenen
22 Informatikunterricht auslagern.

23

24 Im Informationszeitalter sind wir alltäglich umgeben von Software: am Handgelenk, in
25 der Hosentasche, am Arbeitsplatz, in der Wohnung, ...

26 Wenn jedoch etwas nicht mehr funktioniert, sind die meisten von uns schnell
27 aufgeschmissen. Wer im 21. Jahrhundert Programmiersprachen beherrscht, kann sich
28 nicht nur selbst helfen, sondern ist in der Lage Abhängigkeiten von großen Konzernen
29 zu überwinden: Software ist das Produktionsmittel des Informationszeitalter, welches
30 vergesellschaftet werden muss, indem die Kompetenzen allen zur Verfügung gestellt
31 werden. Gemeinschaftlich entstehen große OpenSource-Projekte, von denen alle
32 profitieren.

33

34 Daher wollen wir, dass in sächsischen Schulen neben dem klassischen Angebot, als
35 zweite Fremdsprache eine natürliche Fremdsprache zu erlernen, auch die

- 36 Auswahlmöglichkeit „Künstliche und Formale Sprachen für Programmierung“ angeboten
37 wird. In diesem Fach sollen dabei eine oder mehrere Programmiersprachen sowie die
38 zugehörigen Hintergrundkonzepte und formale Sprachtheorie erlernt werden.
39 Schüler:innen die als zweite Fremdsprache eine natürliche Fremdsprache erlernen,
40 sollen zudem die Möglichkeit haben als dritte Fremdsprache „Künstliche und Formale
41 Sprachen für Programmierung“ zu belegen.
42 Ziel ist, diese Wahlmöglichkeit an allen Schulen anzubieten.

Antrag BJ 5: Grundlegende Bildungsreform für sächsische Schulen

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	4

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion Sachsen möge sich dafür einsetzen, dass eine grundlegende
2 Bildungsreform an sächsischen Schulen unter Einbeziehung von Fachkräften aus
3 Wissenschaft und Praxis mit folgenden Schwerpunkten erfolgt.
- 4 1. Gezielte Förderung von Sprachverständnis/Sprachkompetenz und
5 Assoziationsvermögen (in diesem Zusammenhang wichtig: frühkindliche
6 Bildung/Kitas [?] Sprache: das Tor zur Welt/Demokratie [?] Integrations- und
7 Inklusionsanspruch von allen benachteiligten Bevölkerungsgruppen [?] Migration [?]
8 Integration)
- 9 • Verknüpfung der frühkindlichen vorschulischen und schulischen Bildung als
10 präventive Maßnahme insbesondere bei der Sprachförderung durch ein
11 verpflichtendes kostenloses Vorschuljahr
- 12 2. Rahmenlehrpläne / neue Fächer:
- 13 • Konzentration auf wirklich nachhaltige Grundlagenvermittlung in
14 Mathe/Physik und weitere Hauptfächer anstelle von überhöhter Konzentration
15 auf MINT
 - 16 • Umgang mit Sozialen Medien (Erkennen/Unterscheiden von Fakenews und Fakten,
17 Zurechtkommen mit der Komplexität und dem fortlaufenden Wandel der
18 digitalen Welt/Gesellschaft, der Schutz vor Diskriminierung, Mobbing,
19 Rassismus, Antisemitismus; Förderung von Resilienz)
 - 20 • Stärkung des Umgangs mit digitalen Instrumenten
 - 21 • Schulung lebens- und berufsnaher Fähigkeiten (berufsbildende Maßnahmen in
22 signifikantem Umfang, Alltagsrecht, Bürgerverpflichtungen)
 - 23 • Psychologie, Persönlichkeitsentwicklung, Selbstermächtigung, Konflikt- und
24 Problemstrategien, Diskurskultur
 - 25 • Caregroup (alle Bedarfe im organisatorischen und sozialen Bereich der
26 Schüler:innen steht im Mittelpunkt)
- 27 3. Demokratiefördernde Didaktik
- 28 4. Verknüpfung von Schulsozialarbeit und Wissensvermittlung
29 Lehrplan/Unterrichtszeit
- 30 5. Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Lehrkräften fördern / ermöglichen
- 31 • Etablierung/Fortschreibung eines gemeinsamen Bildungsauftrages von Eltern
32 und Schule, um bestmögliche Bildungsmöglichkeiten für die Schülerinnen und
33 Schüler zu schaffen
 - 34 • Erziehungsanspruch der Schule neben dem Elternhaus im Sinne der
35 Bildungschancengerechtigkeit

- 36 • Gegenmaßnahmen der Schulen neben dem Elternhaus im Sinne der
37 Bildungschancengerechtigkeit
- 38 6. Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Schulabschlussabschlussquote, da
39 zehntausende von Jugendlichen die Schulzeit ohne Schulabschluss beenden und
40 damit ohne Perspektive auf einen Ausbildungsplatz/Arbeitsplatz ins
41 Erwachsenenleben starten.

Begründung

Unser staatliches Bildungssystem entstand nach preußischem Vorbild im 19. Jahrhundert und basiert auf Bildungsprinzipien der Selektion und Eliteschaffung, von einer vorwiegend homogenen zu einer Einwanderungsgesellschaft. Die gesellschaftliche Struktur hat sich seither grundlegend geändert, von autokratischen Systemen zur heutigen Demokratie und von einer vorwiegend homogenen Gesellschaft zu einer Einwanderungsgesellschaft.

Die erfolgten Anpassungen reichen nicht aus, um die Herausforderungen und Aufgaben unserer jetzigen Gesellschaft gerecht zu werden. Sprachkompetenz, Grundlagenwissen, gesichertes und anwendbares Allgemeinwissen, kritisches Hinterfragen, Kompetenzen zum selbstständigen Lernen und zur nachhaltigen Wissenserzielung, Demokratieverständnis, Teilhabe, Persönlichkeitsbildung zum selbstermächtigten Handeln sowie lebens- und berufsnahe Fähigkeiten usw. stimmen häufig nicht mit den Anforderungen des späteren Erwachsenenlebens und der Gesellschaft überein.

Auch die schulische Bildung muss entwicklungspsychologischen Anforderungen gerecht werden, die den späteren Erwachsenen die selbstständige Existenzsicherung ermöglicht und die Fähigkeit zu sozialverträglichem Verhalten lehrt z. B. Selbstermächtigung und Selbstversorgung, Berufsfindung, Eingehen sozialer Bindungen. Dafür sind Schulen und Elternhäuser als Erziehungspartnerschaft essentiell gefordert. Der Auftrag der schulischen Bildung und die Priorisierung der Inhalte muss sich entsprechend der gesellschaftlichen Anforderungen zum Wohl der Kinder und der künftigen demokratischen Gesellschaft neu ordnen.

Der Auftrag der schulischen Bildung und die Priorisierung der Inhalte muss sich entsprechend der gesellschaftlichen Anforderungen zum Wohl der Kinder und einer stabilen demokratischen Gesellschaft neu ordnen.

Die Überlegungen zu den notwendigen Maßnahmen einer grundlegenden Bildungsreform bewegen sich hauptsächlich in dem Spannungsfeld einer sich demographische und politisch veränderten gesellschaftlichen Lage in Deutschland. Diese Darlegung sollen als Anregungen und Impulse verstanden werden in dem Bewusstsein, dass die Umsetzung in Lehrpläne und Projekte komplex und zeitaufwendig ist. Auch soll Respekt und Anerkennung gegenüber allen, die bisher schon Lehrinhalte und Lehrpläne kontinuierlich überarbeiten, die um mögliche Veränderungen ringen und die Lehrkräfte ausbilden zum Ausdruck gebracht werden.

Im Zuge der politischen Entwicklung, insbesondere die Hinwendung zu rechtspopulistischen Parteien wie der AfD gerade auch bei Jungwähler:innen und Schüler:innen steht das Thema Bildung in einem zentralen Zusammenhang.

Der Lebensraum ‚Schule‘ spielt neben dem Elternhaus und der Peergroup eine entscheidende Rolle bei der politischen Meinungsbildung. Schulen sind nicht nur reine Wissensvermittlungsorte, sondern auch Einrichtungen, die den Staat in institutioneller Form repräsentieren. Wie Schule erlebt wird, was in Schulen auf welche Art und Weise vermittelt wird, welche Themen und Fächer schwerpunktmäßig bearbeitet und verknüpft werden, hat damit Einfluss auf die soziale Kompetenz und auf die politische Bildung und Einstellung von Schülerinnen und Schülern.

Infolgedessen bietet der Lebensraum Schule viele Chancen, sozialverträgliches Verhalten und Demokratie zu fördern und zu stärken, gleichzeitig aber auch Risiken, sozialunverträgliches Verhalten und demokratiefeindliche Tendenzen zuzulassen und damit zu etablieren.

Als sehr positiv, außergewöhnlich und als große Ressource wird in diesem Zusammenhang das flächendeckende Vorhandensein von Schulsozialarbeit bewertet. Dies birgt eine große Chance und gleichzeitig die Ausgangsbasis, um die Vorschläge und Impulse zur Reformierung der Bildung zu unterstützen.

Es wird als dringend notwendig erachtet, dass für den schulischen und vorschulischen Bereich mehr finanzielle Mittel zur Durchsetzung der Maßnahmen zur Bildungsreform zur Verfügung gestellt werden müssen. Sachsens Schulen brauchen bei den bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen und Aufgaben Migration/Integration, Fachkräftemangel, Schulabschlüsse, Sicherung der Rentenkassen, Verlust von Vertrauen in die Demokratie und demokratische Institutionen und Parteien usw.) mehr geschulte (und gut bezahlte [?] siehe Vergleich andere Bundesländer) Pädagog:innen, entsprechende Rahmenlehrpläne mit flankierenden und fächerübergreifenden Projekten / Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe. Darüber hinaus müssen diese Projekte und Maßnahmen tatsächlich auch Bestandteil der Rahmenlehrpläne sein und Eingang in die Unterrichtszeit finden.

Antrag BJ 6: Erniedrigung des Kita-Schlüssels

Laufende Nummer: 40

Antragsteller*in:	OV Bautzen
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	4

- 1 Der Landesparteitag möge sich dafür aussprechen, dass der Betreuungsschlüssel in
- 2 sächsischen Kindertageseinrichtungen deutlich verbessert wird. Konkret fordern wir:
- 3 • Für Kinder unter drei Jahren soll der Betreuungsschlüssel auf maximal 1:3,0
- 4 abgesenkt werden.
- 5 • Für Kinder im Kindergartenalter (ab drei Jahren) soll der Betreuungsschlüssel auf
- 6 maximal 1:7,5 abgesenkt werden.
- 7 • Für Kinder im Hort soll der Betreuungsschlüssel auf maximal 1:15 abgesenkt werden.
- 8 Die Landesregierung wird aufgefordert, hierfür die notwendigen finanziellen und
- 9 strukturellen Voraussetzungen zu schaffen, um die Qualität frühkindlicher Bildung und
- 10 Betreuung in Sachsen nachhaltig zu verbessern.

Begründung

Der derzeitige Betreuungsschlüssel in Sachsen liegt mit 1:5,2 bei Kindern unter drei Jahren und 1:11,5 bei Kindern im Kindergartenalter deutlich über den von der Bertelsmann-Stiftung empfohlenen Werten (1:3, 1:7,5 bzw. 1:15). Für Hortkinder liegt der derzeitige Schlüssel bei 1:22. Diese Diskrepanz stellt nicht nur ein strukturelles Defizit dar, sondern wirkt sich unmittelbar negativ auf die Qualität der frühkindlichen Bildung, auf die Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals und auf die kindliche Entwicklung aus.

Ein Vergleich mit dem Bundesland Niedersachsen, das bereits bessere Schlüssel von 1:3, 1:7,6, bzw. 1:15 vorweisen kann, zeigt, dass eine Verbesserung auch in Sachsen möglich und dringend geboten ist. Gerade in den ersten Lebensjahren werden zentrale Grundlagen für emotionale, soziale und kognitive Entwicklung gelegt. Eine verlässliche, individuelle Zuwendung durch pädagogische Fachkräfte ist dafür unerlässlich.

Auch würde die Verringerung des Schlüssels den derzeit drohenden Fachkräfteüberschuss durch den starken Geburtenrückgang abmildern und weitere drohende Kündigungen verhindern.

Darüber hinaus ist ein guter Betreuungsschlüssel auch eine Frage der gesellschaftlichen Wertschätzung von Familien und frühkindlicher Bildung. Wer echte Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit von Anfang an ermöglichen will, muss in frühkindliche Bildung investieren – nicht zuletzt auch, um den Fachkräftemangel langfristig zu bekämpfen und den Beruf der Erzieher*in attraktiver zu machen.

Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels ist somit eine zentrale bildungs-, familien- und sozialpolitische Zukunftsaufgabe für Sachsen.

Antrag DGR 1: Sicherung der Mobilität ehrenamtlich Engagierter durch Wiedereinführung der vollen Ehrenamtsentschädigung von "Wir für Sachsen"

Laufende Nummer: 41

Antragsteller*in:	OV Neukirchen/Würschnitztal
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	5

- 1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:
- 2 Die SPD Sachsen setzt sich gegenüber der Sächsischen Staatsregierung mit Nachdruck
- 3 dafür ein, dass die ursprünglich gewährte Ehrenamtsentschädigung in Höhe von 40 Euro
- 4 pro Monat im Rahmen des Programms "Wir für Sachsen" durch die Bürgerstiftung Dresden
- 5 wieder eingeführt wird.

Begründung

Ehrenamtliches Engagement ist ein tragender Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts- insbesondere im ländlichen Raum und strukturschwachen Regionen wie dem Erzgebirge.

Viele Tätige, etwa in sozialen Projekten, Jugendarbeit oder in der Unterstützung älterer Menschen, sind auf die finanzielle Unterstützung durch die Bürgerstiftung Dresden angewiesen, um Fahrtkosten mit dem öffentlichen Nahverkehr oder andere Aufwendungen für ihr Ehrenamt zu decken.

Die drastische Kürzung der Ehrenamtsentschädigung von 40 Euro auf nun noch 19 Euro pro Monat führt in der Praxis dazu, dass vielen Engagierten die Ausübung ihres Ehrenamtes nicht mehr möglich ist- schlicht, weil sie sich die Fahrt zum Ort des Engagements nicht mehr leisten können. Erste Rückmeldungen zeigen, dass Ehrenamtliche ihre Tätigkeit bereits aufgegeben haben oder dies planen.

Diese Entwicklung ist nicht nur ein direkter Angriff auf das Ehrenamt, sondern gefährdet auch das soziale Miteinander in unseren Kommunen. Die Ehrenamtlichen, die vielerorts letzte Ansprechpartner für Kinder, Familien, Pflegebedürftige und ältere Menschen sind, fallen weg. Davon profitieren antidemokratische Kräfte wie die AfD, die ein Vakuum ausnutzen, das durch den Rückzug engagierter Demokrat*innen entsteht.

Dringlichkeit:

Der Rückgang ehrenamtlichen Engagements hat bereits begonnen. Um das Ehrenamt in Sachsen nicht weiter zu schwächen und demokratische Strukturen zu erhalten, ist eine sofortige politische Intervention notwendig. Die Wiederherstellung der ursprünglichen Entschädigung ist ein klares Signal der Wertschätzung und Unterstützung für alle, die sich für unser demokratisches Gemeinwesen einsetzen.

Antrag DGR 2: Schutz vor Gewalt in Schutzhäusern für gefährdete Personen

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	5

- 1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- 2 Die Landtagsfraktion wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass Schutzhäuser für
- 3 gefährdete Personen in Sachsen barrierefrei erreichbar und nutzbar sind. Des Weiteren
- 4 sollen Präventionsprogramme initiiert und gestartet werden, um Menschen mit
- 5 Behinderung vor Übergriffigkeiten, sexueller Gewalt, Gewalt in Werkstätten und
- 6 Einrichtungen für Menschen mit Behinderung zu schützen.

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland wurden im Staatenbericht zur Umsetzung der UNBRK hierzu gerügt.

Antrag DGR 3: Justiz in Sachsen stärken – Mehr Personal, schnellere Verfahren, bessere Ausbildung

Laufende Nummer: 26

Antragsteller*in:	ASJ
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	5

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Landtagsfraktion
2 bzw. die Landesregierung weiterleiten:

3 **Die Justiz in Sachsen braucht mehr Personal – für eine leistungsfähige, moderne und**
4 **bürgernahe Rechtspflege.**

5 **1. Personelle Aufstockung:** Die Landesregierung wird aufgefordert, in den kommenden
6 Haushaltsjahren eine den Herausforderungen entsprechende personelle Verstärkung
7 der sächsischen Justiz im mittleren, gehobenen und höheren Dienst vorzunehmen. Denn der
8 Generationenwechsel vollzieht sich **in allen Laufbahnen** des
9 Justizdienstes. Der mittlere und gehobene Dienst ist für die Erfüllung des
10 Rechtsgewährungsanspruchs von ebenso wesentlicher Bedeutung wie das richterliche
11 oder staatsanwaltschaftliche Personal.

- 12 • der Staatsanwaltschaften,
- 13 • der Gerichtsbarkeiten, insbesondere die Verwaltungsgerichtsbarkeit,
- 14 • den Sozialen Diensten der Justiz (Bewährungs- und Gerichtshilfe) und
- 15 • des Justizvollzugs

16 **2. Sachgerechte Besoldung:** Kompetentes, leistungsfähiges Personal erfordert eine
17 angemessene Besoldung. Die Landesregierung ist daher aufgefordert,
18 • die Anhebung der Eingangs-/Endämter im mittleren Dienst zu prüfen und
19 • für den richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Bereitschaftsdienst eine
20 Zulage vorzusehen.

21 **3. Zielgerichtete Ausbildungsreform:** Um dem bestehenden Fachkräftemangel
22 entgegenzuwirken und den Einstieg in den Justizdienst zu erleichtern, muss die
23 Ausbildung für den gesamten Justizdienst in Sachsen weiterentwickelt werden.
24 Ziel ist es, talentierten Nachwuchs frühzeitig für die Justiz zu gewinnen. Die
25 Landesregierung wird daher aufgefordert, Folgendes zu veranlassen:

- 26 • Evaluierung der gegenwärtigen Ausbildungsbedingungen im mittleren und
27 gehobenen Justizdienst,
- 28 • stärkere Praxisorientierung im rechtswissenschaftlichen Studium und in den
29 Ausbildungsberufen,
- 30 • Prüfung, in Sachsen neben Leipzig eine weitere juristische Fakultät
31 einzurichten, ggf. die ehemalige Fakultät in Dresden erneut zu beleben,
- 32 • bessere Begleitung im Referendariat,
- 33 • beschleunigte Einstellungsmöglichkeiten nach dem zweiten Staatsexamen sowie

- 34 • attraktive Arbeitsbedingungen und moderne Ausstattung.
- 35 **4. Schnellere Verfahren, spürbare Konsequenzen:** Eine gut ausgestattete Justiz ist
36 essenziell, um insbesondere im Strafrecht zügig über Vergehen und Straftaten zu
37 verhandeln und zu urteilen. Nur wenn Strafen zeitnah folgen, wirken sie
38 präventiv und stärken das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat.
- 39 **5. Effizientere Verwaltungsgerichtsbarkeit:** Im Verwaltungsrecht – besonders bei
40 asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren – sind die Verfahrensdauern erheblich
41 zu reduzieren. Dies gilt auch im Hinblick auf die Herausforderungen, welche die
42 Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems mit sich bringen werden.
43 Hierfür braucht es ebenfalls mehr Personal, aber auch strukturelle und digitale
44 Verbesserungen, um Rückstaus abzubauen und Entscheidungen zügig herbeizuführen.
45 Zu prüfen ist daher, ob eine fachliche Konzentration von ausländerrechtlichen
46 und asylrechtlichen Verfahren an einem Gerichtsstandort – nach rheinlandpfälzer
47 Vorbild – zielführend sein könnte.

Begründung

Die sächsische Justiz steht unter enormem Druck. Verfahren dauern oft zu lange, Urteile lassen auf sich warten, und der Personalmangel zieht sich durch alle Ebenen – von der Staatsanwaltschaft über die Gerichte bis hin zum Justizvollzug. Dies ist eine Folge des demografischen Wandels beim Personal, der sich in den nächsten Jahren noch verstärken wird. Das gilt nicht nur für Richter und Staatsanwälte: Nicht verkannt werden darf, dass alle Laufbahnen der Justiz – einfacher, mittlerer, gehobener und höherer Dienst – erforderlich sind, um einen reibungslosen Ablauf der Verfahren bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten und in den Justizvollzugsanstalten sicherzustellen. Ohne eine rechtzeitige und sachgerechte Verstärkung der personellen und strukturellen Ressourcen droht angesichts der Ruhestandseintritte bei gleichzeitiger Aufgabenzunahme ein Voranschreiten des Vertrauensverlusts in die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats.

Im Bereich des mittleren Justizdienstes werden an den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowohl Beamtinnen und Beamte als auch Tarifbeschäftigte eingesetzt. Die bevorstehende Ruhestandswelle und die Arbeitsmarktlage haben zu einer Konkurrenzsituation in der Personalsuche geführt. Um in diesem Wettbewerb – insbesondere unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des BAG zur tarifgerechten Eingruppierung der Beschäftigten sowie der gestiegenen Anforderungen an die gestiegenen Aufgaben infolge der Implementierung der eAkte – mithalten zu können, ist die Anhebung der Eingangs-/Endämter im mittleren Dienst zwingend zu erwägen.

Der EuGH hat Kriterien zur Abgrenzung zwischen Arbeits- und Ruhezeit aufgestellt. Hiervon ausgehend ist zu prüfen, ob die Fälle der richterlichen und staatsanwaltlichen Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit zu bewerten sind. In Bayern erhalten Staatsanwältinnen und Staatsanwälte seit dem Urteil des VG Augsburg (Az. 93 Au 2 K 22.1324) für den sog. Jour-Dienst eine Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten. Eine starke Justiz bietet Sicherheit, Rechtsklarheit und Verlässlichkeit – zentrale Grundlagen für unser demokratisches Zusammenleben. Es ist unsere Verantwortung, die Justiz des Freistaates Sachsen für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft fit zu machen. Dazu bedarf es in der sich verschärfenden Konkurrenz der Länder um Personal geeigneter Maßnahmen, um den Standort Sachsen attraktiver zu machen.

Die SPD verkennt nicht, dass die Staatsregierung im Anschluss an einen „Asylgipfel“ des SMJus am 10. März 2025 bereits Schritte beschlossen hat, die Verfahren im Asyl- und Ausländerrecht zu beschleunigen. Das ist richtig so, denn es beseitigt die großen Unsicherheiten, die für die Betroffenen wie für die

Öffentlichkeit durch jahrelange Verfahren entstehen und ermöglicht zielführende Maßnahmen der Integration für alle, die integriert werden sollen und wollen. Es schafft auch Rechtsklarheit für diejenigen, die keinen Aufenthaltstitel erhalten. Die Bildung von Kammern für Ausländer- und Asylrecht, die personelle Verstärkung und die Nutzung einer zentralen Datenbank sind vernünftige und rechtsstaatliche Mittel, um die Verfahren zu beschleunigen.

Zusätzlich sollte die Konzentration von ausländer- und asylrechtlichen Verfahren an einem verwaltungsgerichtlichen Standort geprüft werden. Es gibt ein Best-Practice-Vorbild: Bundesweit ist Rheinland-Pfalz mit einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von drei Monaten führend. Dies ist darauf zurückzuführen, dass am Verwaltungsgericht Trier gesonderte Kammern für ausländer- und asylrechtliche Verfahren gebildet wurden, was zu einer hohen Spezialisierung der dortigen Bediensteten führt.

Am Beispiel des Ausländer- und Asylrechts wird aber nur deutlich, welche Defizite in der personellen und sachlichen Ausstattung der Justiz bestehen und welcher dringender Handlungsbedarf besteht, will man das Vertrauen in den Rechtsstaat erhalten.

Antrag DGR 4: Fair heißt: Null Toleranz für Sexismus!

Laufende Nummer: 37

Antragsteller*in:	SPD Frauen Sachsen
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	5

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im*
2 *Sächsischen Landtag sowie den Gewerkschaftsrat der SPD Sachsen weiterleiten:*
- 3 Sexuelle Übergriffe sind kein Kavaliersdelikt. Diskriminierung am Arbeitsplatz darf
4 kein Normalfall bleiben. Es ist unsere Aufgabe, Betroffene vor sexualisierter Gewalt
5 und sexueller Belästigung zu schützen und im Falle von Übergriffen zur Seite zu
6 stehen. Solche Vorfälle häufen sich insbesondere am Arbeitsplatz. Wir fordern klare
7 Regelungen, beispielsweise in Form von Betriebsvereinbarungen, und ein einheitliches
8 Vorgehen, unabhängig davon, ob die Täter:innen Kolleg:innen oder Chef:innen sind. Die
9 SPD-Fraktion wird dazu aufgefordert, über das Thema mit Arbeitgeber- und
10 Arbeitnehmervertreter:innen ins Gespräch zu kommen und gemeinsam an Lösungen zu
11 arbeiten. Zudem soll sie sich für eine landesweite Kampagne gegen Sexismus am
12 Arbeitsplatz einsetzen. Vorbild kann hierfür das ostsächsische Projekt „Frauen
13 bauen“ sein.

Begründung

Sexuelle Übergriffe, vom schlüpfrigen Kommentar bis zur Vergewaltigung, sind immer noch Alltag in Betrieben. Wenige Übergriffe werden angezeigt, die Dunkelziffer ist hoch, und Täter:innen werden selten bestraft. Dabei sind Unternehmen gesetzlich verpflichtet, dagegen vorzugehen (§12 ff, AGG) – nur wird das bisher viel zu selten auch umgesetzt. Viele Betroffene trauen sich nicht, gegen Übergriffe und Diskriminierung anzugehen. Sie müssen endlich gestärkt und die Täter:innen konsequent verfolgt und bestraft werden. Wichtig ist dafür, dass die Betroffenen auf ein Umfeld im Unternehmen treffen, welches ihnen eine zuverlässige Vertrauensbasis gibt und ihnen mit Fairness und Empathie begegnet. Sie müssen wahr- und ernstgenommen werden. Nur so werden Vorfälle zur Sprache gebracht. Für den Umgang mit Vorfällen muss es eine verständliche Betriebsvereinbarung geben. Eine solche Betriebsvereinbarung sensibilisiert im Betrieb und dient mit ihren klaren Regelungen auch der Prävention. Zudem muss öffentlich dafür sensibilisiert werden.

Antrag DGR 5: Catcalling als Straftatbestand anerkennen

Laufende Nummer: 38

Antragsteller*in:	SPD Frauen Sachsen
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	5

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag der*
2 *SPD sowie die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag weiterleiten:*

3 Sexualisierte Sprüche, obszöne Gesten oder andere Formen sexueller Belästigung ohne
4 Körperkontakt im öffentlichen Raum - sogenanntes „Catcalling“ - sind kein „nicht-so-
5 gemeinter-Scherz“, sondern mindestens eine Respektlosigkeit und viele Menschen
6 verspüren dadurch Scham oder Angst. Denn den Sprüchen können Taten folgen. Betroffen
7 sind fast ausschließlich weiblich gelesene Personen und Menschen aus der LGBTQ+-
8 Community.

9 Um den respektvollen und angstfreien Umgang zu schützen und solche Taten künftig auch
10 als sozial inakzeptabel zu bewerten, wird ein neuer Tatbestand der verbalen und
11 nonverbalen sexuellen Belästigung als neuer Absatz 1 in § 184j StGB geschaffen,
12 dessen Wortlaut sich an den Gesetzentwurf des Landes Niedersachsen vom 24.10.2024 (BR
13 Drs 519/24) anlehnen soll.

Begründung

Nach bisheriger Rechtslage und bundesgerichtlicher Entscheidung (Beschluss vom 2. November 2017 – 2 StR 415/17) unterfällt ein solches Verhalten weder der Strafbarkeit gemäß § 185 StGB noch (bei entsprechendem Alter der betroffenen Person) noch § 176a Absatz 1 Nummer 3 StGB (§ 176 Absatz 4 Nummer 4 Variante 4 StGB a.F.). Auch den Ordnungswidrigkeitstatbeständen der §§ 118 und 119 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) unterfällt die nichtkörperliche sexuelle Belästigung in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle nicht. Dies liefert die Betroffenen solchen Taten nahezu schutzlos aus.

Angelehnt an den Gesetzentwurf des Landes Niedersachsen vom 24. Oktober 2024 (BR Drs 519/24) soll mit diesem neuen Straftatbestand die im deutschen Strafrecht bestehende Strafbarkeitslücke geschlossen werden. Der Wortlaut des Gesetzentwurfs lautet wie folgt:

„Wer eine andere Person in sexuell bestimmter Weise verbal oder nonverbal erheblich belästigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wenn nicht die Tat in anderen Vorschriften dieses Abschnitts mit schwererer Strafe bedroht ist.“

Sexuell belästigende Äußerungen und damit vergleichbare nonverbale Verhaltensweisen sollen nunmehr auch dann unter Strafe gestellt werden, wenn die objektiven und subjektiven Voraussetzungen eines Ehrschutzdelikts (§§ 185ff. StGB) nicht erfüllt sind.

Als Sozialdemokrat:innen wissen wir zugleich, dass Straftatbestände allein nicht die Lösung sind und auch

wenn wir jede noch so alltägliche Form des Sexismus entschieden bekämpfen wollen, muss die Funktion des Strafrechts als schärfstes Schwert des Staates Berücksichtigung finden, daher soll für die konkrete Ausgestaltung der genannte Gesetzentwurf die Anlehnung sein (<https://dserver.bundestag.de/brd/2024/0519-24.pdf>).

Antrag DGR 6: Keine Gesundheitsdaten für automatisierte polizeiliche Datenanalysen

Laufende Nummer: 49

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	5

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Mitglieder im Sächsischen
- 2 Landtag, der Sächsischen Staatsregierung und im Deutschen Bundestag weiterleiten:
- 3 1. Die Sächsische SPD widersetzt sich auf allen verfügbaren Ebenen der Nutzung von
- 4 Gesundheitsdaten insbesondere aus der elektronischen Patientenakte (ePA) im
- 5 Rahmen präventiver und repressiver polizeilicher Maßnahmen und Ermittlungen.
- 6 2. Sollte eine Nutzung von Gesundheitsdaten für o. g. Analysen nicht gesetzlich
- 7 absolut verboten sein (auch nicht mit Richtervorbehalt), fordern wir die
- 8 Sächsische SPD und alle ihre Vertreterinnen und Vertreter auf allen Ebenen auf,
- 9 öffentlich gegen eine Nutzung der ePA zu werben, bis ein absolutes gesetzliches
- 10 Verbot in Kraft getreten ist.

Begründung

Gesundheitsdaten sind besondere Kategorien personenbezogener Daten. Ihre Verarbeitung ist gemäß Artikel 9 Absatz 1 DSGVO grundsätzlich verboten, es sei denn, es liegt eine Befugnis nach Artikel 9 Absatz 2 DSGVO vor. Hier kommt entweder eine gesetzliche Befugnis, der Behandlungsvertrag oder die Einwilligung der Betroffenen in Betracht.

Rechtlich nicht erlaubt ist eine Auswertung dieser Daten für polizeiliche Maßnahmen. Jedoch erleben wir bereits jetzt Forderungen, von z.B. CDU- Generalsekretär Carsten Linnemann nach einem Register für psychisch kranke Menschen zur Rasterfandung nach Extremisten. Auch der Bundesrat weist explizit darauf hin, dass "in der jüngsten Vergangenheit oftmals Personen mit psychischen Auffälligkeiten als Täter von Gewalttaten in Erscheinung getreten sind. Um solche schweren Straftaten besser erkennen und erfassen zu können, müssen personenbezogene Verhaltensmuster und Risiken rechtzeitig festgestellt, analysiert und bewertet werden". Ein solches Register würde jedoch der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde zufolge die Stigmatisierung psychischer Erkrankungen befördern und die Chancen auf wirksame Behandlungen senken. Außerdem wäre es möglich, in Bund und Ländern mit dieser Softwareprognosen über Menschen zu erstellen, die auf nicht nachvollziehbaren Algorithmen basieren.

Die bereits in mehreren Bundesländern im Einsatz befindliche Analysesoftware Vera des US- Anbieters Palantir wird darüber hinaus in den USA aktuell zur Migrationsabwehr genutzt. In mehreren Fällen hat die Software offenbar bereits zur Abschiebung von Personen ohne erkennbare Vorstrafe oder Gefährdungspotenzial geführt.

Aktuelle Presseberichte des Fachportals www.golem.de vom 24.03.2025:

<https://www.golem.de/news/bundesratsbeschluss-analysesoftware-der-polizei-soll-gesundheitsdaten-auswerten-2503-194605.html>

und von Netzpolitik.org vom 17.04.2025:

<https://netzpolitik.org/2025/us-analysesoftware-palantir-macht-polizei-und-militaer-politisch/>

Antrag DGR 7: Vertrauen aufbauen, Versöhnung ermöglichen - Runde Tische in ganz Sachsen schaffen

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	KV Meißen
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	5

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Wir fordern unsere Mitglieder in der Sächsischen Staatsregierung auf, in Umsetzung
3 des Koalitionsvertrages in ganz Sachsen Runde Tische zu initiieren. Diese Runden
4 Tische sollen zum einen ein aktives Beteiligungsinstrument sein, mit dem sich
5 Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ideen und Vorschlägen an die Staatsregierung wenden
6 und andererseits initiativen und Vorhaben der Staatsregierung und der Koalition mit
7 den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort diskutiert werden können.

8 Zum anderen können auch die Runden Tische zu Orten der Versöhnung werden, an denen
9 hochstrittige Themen wie das staatliche Handeln in Corona-Zeiten oder Krieg und
10 Frieden so besprochen werden können, dass ein gegenseitiges Verständnis entstehen
11 kann. Runde Tische leben vom Zuhören und reden.

12 Die Runden Tische sollen in regelmäßigen aber größeren Abständen in allen Landkreisen
13 und kreisfreien Städten stattfinden. Es muss dabei darauf geachtet werden, dass vor
14 allem „einfache“ Bürgerinnen und Bürger, z.B. über Telefonbuchverfahren, und weniger
15 Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen, Vereinen und Verbänden eingeladen
16 werden.

17 Wir wollen Vertrauen wieder aufbauen, zur Versöhnung beitragen und wieder dazu
18 kommen, dass trotz oder wegen der großen Meinungsunterschiede in unserem Land wieder
19 miteinander gesprochen wird.

Begründung

Die Stimmung in unserem Land ist schlecht. Immer mehr Menschen wenden sich von demokratischen Parteien ab und populistischen oder extremen Partei zu. Viele haben das Gefühl, es wurde in den letzten Jahren nicht Politik für sie sondern für andere gemacht. Nicht wenige sind von der Komplexität der politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen überfordert und nicht alle politische Entscheidungen der letzten Jahren waren für die Mehrheit nachvollziehbar. Der Vertrauensverlust ist massiv.

Die letzten Wahlen haben gezeigt, dass immer mehr Menschen in Sachsen bereit sind, ihre eigene Freiheitsrechte und Interessen einschränken zu lassen, in dem sie eine Partei wählen, die demokratische Mitbestimmung; Vielfalt und Fortschritt zurückdrehen wollen.

Gerade in Sachsen braucht es wieder Gesprächsebenen zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern, um Vertrauen wieder aufzubauen und zur Versöhnung beizutragen. Sich lediglich hinter seiner „richtigen“ Haltung zu „verstecken“ und lediglich gegen die politischen Ansätze der populistischen und extremen Parteien zu demonstrieren, erreicht bei den Wählerinnen und Wähler keine Veränderung. Wir müssen uns den Wählerinnen und Wählern zuwenden. Dazu muss wieder eine Gesprächsebene gefunden werden.

Runde Tische knüpfen an der Tradition der friedlichen Revolution an und damit an demokratischen Ermächtigung in der Wendezeit. Es braucht das gesellschaftliche Erfolgserlebnis in Sachsen, dass eine andere Art der Kommunikation und die aktive Beteiligung an politischen Entscheidungen Vertrauen in politisches Handeln und in demokratische Institutionen bringen kann.

Antrag KVV 1: Wohnungspolitik statt Wohnungspolitik

Laufende Nummer: 54

Antragsteller*in:	AG Jusos Sachsen
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

1 Der LPT der SPD Sachsen möge beschließen:

2

3 In der kapitalistischen Gesellschaft ist Wohnen zur Ware geworden. Anstatt als
4 grundlegendes Menschenrecht behandelt zu werden, unterliegt Wohnen den Zwängen der
5 Verwertungslogik. Das führt vor allem in Großstädten zu einer dramatischen
6 Verteuerung der Mieten. Diese Entwicklung ist auch in den sächsischen Großstädten,
7 insbesondere Leipzig und Dresden, deutlich zu spüren.

8 Leipzig, als Stadt mit der höchsten Mieter*innenquote in Europa, verzeichnete in den
9 letzten Jahren eine massive Preissteigerung bei den Angebotsmieten, also bei
10 Neuvermietungen. Dresden steht vor ähnlichen Herausforderungen. Diese Städte sind
11 geprägt vom Zuzug vieler Menschen, insbesondere Studierender, die häufig lange nach
12 bezahlbarem Wohnraum suchen müssen. Das bisherige Überangebot an Wohnungen, das die
13 Preise lange Zeit in Schach hielt, ist verschwunden, und die Mieten steigen scheinbar
14 unaufhaltsam weiter.

15 In Städten wie Berlin, München oder Stuttgart führten ähnliche Entwicklungen zu
16 sozialen Verwerfungen, die sich in Gentrifizierung und Verdrängung ausdrücken. Auch
17 das beobachten wir in Städten in Sachsen.

18 Zusätzlich sorgt ein angespannter Wohnungsmarkt für mehr Menschen, die in die
19 Wohnungslosigkeit oder gar Obdachlosigkeit fallen. Gerade Familien in prekären
20 Verhältnissen und Jugendliche, die ohnehin schon prekär leben und ggf. aus ihrem
21 Elternhaus ausziehen sind besonders davon betroffen. Um eine ähnliche Entwicklung
22 hier zu stoppen, müssen wir uns von der marktgesteuerten Wohnungspolitik
23 abwenden und eine Politik verfolgen, die das Menschenrecht auf Wohnen in den
24 Mittelpunkt stellt.

25 Ein Blick nach Wien zeigt, dass eine andere Politik möglich ist. Das Rote Wien (Zeit
26 von 1919 bis 1934 als die Sozialdemokratie mit absoluter Mehrheit regierte) zeigt,
27 dass das konsequente Investieren in kommunalen Wohnraum auch 100 Jahre später noch
28 effektiv ist. Die Stadt Wien beweist durch ihre kommunale Wohnungsverwaltung „Wiener
29 Wohnen“, dass bezahlbarer Wohnraum für alle gewährleistet werden kann. Infolge dieser
30 Politik zählt Wien zu den lebenswertesten Städten der Welt.

31 Außerdem wollen wir eine Wohnungspolitik die die Bedürfnisse der Menschen in den
32 Vordergrund rückt. Unser Ziel ist, dass jede*r die Möglichkeit hat, dort zu wohnen,
33 wo es am besten zum eigenen Leben passt. Und das entscheiden die Menschen am besten
34 selbst. Der Zugang zu Infrastruktur muss überall gesichert sein.

35 Der Explosion der Mietpreise wollen wir eine radikale, linke Wohnungspolitik
36 entgegenstellen, bevor es zu spät ist. Wir blicken in viele andere Städte, wo

37 ähnliche Antworten auf ähnliche Probleme gefunden werden wollen. In Berlin setzte
38 sich 2021 der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ zwar durch, wurde
39 aber von der SPD in Regierungsverantwortung vollständig ignoriert. Wir sind deshalb
40 umso entschlossener, die Preisentwicklung in unseren Großstädten aufzuhalten.

41 Forderungen:

42 1. Einführung einer kommunalen Wohnungsverwaltung nach Wiener Vorbild in allen
43 sächsischen Städten ab 100.000 Einwohner*innen:

44 • Der Freistaat Sachsen soll Städte ab 100.000 Einwohner*innen verpflichten, eine
45 kommunale Dienststelle ähnlich der „Wiener Wohnen“ einzurichten. Diese
46 Institution soll dafür sorgen, dass alle Bürger*innen Zugang zu kostengünstigem
47 Wohnraum haben, unabhängig von ihrem Einkommen. Diese Dienststellen dienen
48 gleichzeitig auch als Anlaufstelle für Menschen, denen ein Wohnungsverlust
49 droht.

50 2. Rückführung von 50 % der Wohnungen in Städten ab 50.000 Einwohner*innen
51 bis 2035 in kommunale Hand:

52 • Um langfristig bezahlbaren Wohnraum zu sichern, soll bis 2035 mindestens die
53 Hälfte des Wohnungsbestandes in Städten ab 50.000 Einwohner*innen in kommunales
54 Eigentum überführt werden. Dies kann durch den Erwerb, die Rückabwicklung von
55 Privatisierungen oder Enteignungen von leerstehenden oder spekulativ gehaltenen
56 Immobilien erfolgen. Hierfür muss der Freistaat die Kommunen entsprechend
57 großzügig finanziell unterstützen.

58 3. Zerschlagung von rechtsradikalen Immobilienbesitzer*innen

59 • Ein besonderer Fokus soll dabei auf der Rekommunalisierung von Immobilien
60 liegen, die sich in rechtsradikalen Netzwerken befinden. Dadurch soll
61 gewährleistet werden, dass sich keine faschistischen Netzwerke in unseren
62 Kommunen niederlassen und zu starken Einfluss auf diese gelangen, wie es bspw.
63 in Jamel in Mecklenburg-Vorpommern der Fall ist.

64 4. Förderung von Neubau und Sanierung unter Berücksichtigung sozialer und
65 ökologischer Standards:

66 • Der Freistaat Sachsen soll Förderprogramme auflegen, die den sozialen
67 Wohnungsbau und die Sanierung von Bestandsgebäuden nach ökologischen Standards
68 unterstützen. Dabei ist sicherzustellen, dass sowohl die Energieeffizienz als
69 auch die Bezahlbarkeit der Wohnungen im Fokus stehen. Die kommunalen
70 Wohnungsverwaltungen sollen hierbei eine zentrale Rolle einnehmen.

71 5. Milieuschutz gewährleisten:

72 • Der Freistaat Sachsen soll die Zusammensetzung der gebietsansässigen
73 Wohnbevölkerung schützen, indem höhere Hürden für Vermieter:innen gesetzt
74 werden, die aufgrund von Sanierung, Anbau von Balkonen oder Grundrissänderungen
75 des Wohngrundstückes den Mietpreis erhöhen wollen.

76 6. Stärkung der genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungswirtschaft:

77 • Sachsen muss die Gründung und den Ausbau von Wohnungsgenossenschaften und
78 ähnlichen gemeinwohlorientierten Institutionen aktiv unterstützen. Dafür sollen
79 u.a. steuerliche Erleichterungen und direkte finanzielle Hilfen bereitgestellt
80 werden. Ziel ist es, dass bis 2035 mindestens 30 % des gesamten

81 Wohnungsbestandes in Sachsen genossenschaftlich oder gemeinnützig verwaltet
82 werden. Zudem soll sich Sachsen auf Bundesebene für die Wiedereinführung einer
83 richtigen Wohnungsgemeinnützigkeit einsetzen.

84 7. Housing First durchsetzen

85 • Zu Wohnen als Grundrecht gehört auch die konsequente Bekämpfung von
86 Obdachlosigkeit. 2022 waren über 262.000 Menschen in Deutschland wohnungslos.
87 Dem muss entgegengetreten werden, indem wohnungslose Menschen mittels der
88 Dienststellen zur Vermittlung von Wohnungen eine Wohnung vermittelt bekommen.

89 8. Einbindung des Ordnungsamtes

90 • Um zu gewährleisten, dass obdachlose Menschen die nötige Hilfe bekommen, soll
91 das Ordnungsamt die nötige Hilfe leisten, dass obdachlose Menschen ein Termin
92 für eine Wohnungsvermittlung bekommen. Aus diesen Gründen muss das Ordnungsamt
93 darin geschult werden um einen respektvollen Umgang mit obdachlosen, sowie
94 suchtkranken Menschen an den Tag zu bringen.

95 9. Strategische Bodenpolitik zur Sicherung kommunalen Eigentums:

96 • Es ist eine strategische Bodenpolitik notwendig, die darauf abzielt, städtische
97 Grundstücke in kommunaler Hand zu halten oder dorthin zurückzuführen.
98 Bauprojekte sollen erst genehmigt werden, wenn die betreffenden Grundstücke in
99 kommunalem Besitz sind, um Spekulationen und überhöhte Bodenpreise zu
100 verhindern. Vorbilder wie die strategische Bodenpolitik der Stadt Ulm sollen
101 dabei als Leitfaden dienen.

102 Des Weiteren wollen wir mit Blick auf die Wohnungsnot vieler Menschen in Großstädten
103 dem Wohnungsnotstand entgegenzutreten. Während die SPD im Bund ihr Wahlversprechen mit
104 den 400.000 Neubauwohnungen nicht halten wird, wird die Notlage immer größer. In
105 Dresden werden bis 2028 über 4.500 Neubauwohnungen pro Jahr benötigt. Dabei würde die
106 Nutzung der knapp über 13.000 leerstehenden Wohnungen helfen, aber das Problem nicht
107 lösen. Ähnlich sieht das Problem in Leipzig aus. Konsequenzen aus dem Mangel an
108 Wohnraum sind unter anderem steigende Mietpreise und drohende Wohnungslosigkeit. Aus
109 diesem Grund müssen wir neue Ansätze nutzen, um die Wohnungspolitik effizienter zu
110 gestalten.

111 Forderungen:

112 1. Modulares Bauen in den Vordergrund rücken und fördern

113 • Modulares Bauen ist eine effiziente Möglichkeit, um Wohnungen zu gestalten,
114 indem Bauelemente von Wohnungen in Fabriken hergestellt und zusammen mit den
115 anderen Elementen vor Ort zusammenmontiert werden. Dadurch können wir schnell
116 der Wohnungsnot entgegenzutreten.

117 2. Aufstockung und Nachverdichtung von nicht bewohnten Wohnungen und Gebäuden. sowie 118 Sanierung von unbewohnten Wohnungen

119 • Durch Aufstockung und Nachverdichtung schafft man neuen Wohnraum, indem man
120 neuen Wohnraum erweitert. Da dies häufig mit der Sanierung von bspw.
121 Altbauwohnungen einhergeht, kann man das mit der Sanierung und Reaktivierung von
122 leerstehenden Wohnungen verbinden.

123 3. Lockerung des Denkmalschutzes

124 • Viele unbewohnte Gebäude können schlecht saniert werden, da es zu Problemen mit
125 dem Denkmalschutz kommt. Um aber zu gewährleisten, dass der Wohnraum genutzt
126 werden kann, muss der Denkmalschutz gelockert werden.

127 4. Förderung von Co-Housing Formen

128 • Co-Housing Modelle sorgen dafür, dass sich mehrere Familien
129 Wohnungsinfrastruktur wie bspw. Küchen und Gemeinschaftsräume teilen. Diese
130 Wohnungsform ist ressourceneffizient und bietet ggf. alleinstehenden und/oder
131 älteren Personen ein soziales Umfeld im eigenen Zuhause.

132 5. Durchsetzung eines bundesweiten Mietendeckels.

133 • Mit dem gekippten Mietendeckel in Berlin ist klar. Ein Mietendeckel ist möglich,
134 aber nur auf Bundesebene umsetzbar. Wir fordern die Durchsetzung eines
135 Mietendeckels für ganz Deutschland, damit Wohnen für jede*n keine Frage des
136 Geldes ist. Es dürfen keine Gewinne mit den Notlagen von Menschen gemacht
137 werden. Darum fordern wir eine Wohnungspolitik statt einer Wohnungsmarktpolitik
138 Darüber hinaus wollen wir als Jusos gewährleisten, dass die eigene Wohnung mehr als
139 ein Schlafplatz ist. Wir wollen eine gute Verkehrsverbindung gewährleisten, welche
140 jeder*m eine Anbindung an Supermarkt, Gesundheitsversorgung und Behörde bietet, aber
141 auch die Möglichkeit sich in ein soziales Gefüge zu integrieren. Die Anbindung zu
142 Freizeiteinrichtungen und Kultur ist ebenso zentral.

143 Forderungen:

144 1. ÖPNV-Netz in Städten ab 50.000 Einwohner bis 2035 stärken

145 • Ein engmaschiges ÖPNV-Netz nach dem Vorbild Zürichs, in allen sächsischen
146 Städten ab 50.000 Städten, mit einer 10-Minuten-Taktung einer Linie in allen
147 Stadtteilen, die in die Kernstadt führt.

148 2. Anbindung in jeder Gemeinde gewährleisten

149 • Umsetzung von flächendeckender Infrastruktural, sodass jede Gemeinde in Sachsen
150 eine Anbindung zu öffentlichen Verkehrsmitteln hat, die im 30-Minuten-Takt eine
151 Person bis zum nächsten Supermarkt, Krankenhaus und zur nächsten Apotheke und
152 Schule befördern können.

153 4. Anbindung zwischen kleineren und größeren Städten ausbauen

154 • Direktverbindungen im 30-Minuten-Takt in jeder Stadt ab 10.000 Einwohner, welche
155 eine Stadt mit mindestens 50.000 Einwohner*innen bedienen.

156 5. Digitalisierung der Infrastruktur

157 • Um die Machbarkeit zu gewährleisten, muss die nötige Technologie zur
158 Digitalisierung sowie des autonomen Fahrens von bspw. Bussen evaluiert und wenn
159 möglich implementiert werden.

160 Nur durch eine konsequente Abkehr von der Marktlogik hin zu einer sozial gerechten
161 Wohnungspolitik kann das Menschenrecht auf Wohnen in Sachsen gesichert werden. Die
162 Einführung kommunaler Wohnungsverwaltungen, die Rückführung von Wohnraum in
163 öffentliche Hand sowie die Förderung gemeinnütziger und genossenschaftlicher
164 Strukturen sind notwendige Schritte, um den aktuellen Entwicklungen in Sachsens
165 Städten entgegenzuwirken.

166 Zusätzlich wollen wir ermöglichen, dass alle ihren Supermarkt sowie alle wichtigen

167 Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen von ihrer Wohnung schnell und sicher erreichen
168 können. Denn der Wohnort darf niemanden exkludieren und keine gesellschaftliche
169 Benachteiligung zur Folge haben. Wir Jusos Sachsen fordern daher eine Landespolitik,
170 die das Wohnen nicht dem Markt überlässt, sondern aktiv gestaltet und den Wohnraum
171 als gemeinschaftliches Gut versteht.

Antrag KVV 2: Sitzgemeindeanteile der Kulturraummittel flexibilisieren

Laufende Nummer: 50

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, die Landtagsfraktion aufzufordern, das
- 2 Sächsische Kulturraumgesetz dahingehend anzupassen, dass erforderliche
- 3 Sitzgemeindeanteile zukünftig auch durch die Zuwendungsempfänger der Kulturraummittel
- 4 selbst erbracht werden können.

Begründung

Aktuell erleben wir in mehreren Kommunen, dass etablierte und notwendige Strukturen vor allem in ländlichen Räumen die Förderung aus dem Kulturraum nicht annehmen können, da die kommunalen Gremien die Freigabe der Eigenmittel verweigern. Gründe hierfür sind zum einen eine starke Dominanz bestimmter politischer Richtungen in den Kommunalparlamenten, die so Einfluss auf eine vielfältige und diverse Kulturlandschaft nehmen. Ein anderer wichtiger Grund ist die angespannte Haushaltslage der Kommunen. Der Ersatz schwindender kommunale Mittel sollte durch ergänzendes privates Engagement ausgeglichen werden können.

Antrag KVV 3: Antrag für bezahlbare Führerscheine für alle – Mobilität darf kein Luxus sein

Laufende Nummer: 32

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für*
2 *eine deutliche finanzielle Entlastung beim Erwerb des Führerscheins einzusetzen.*

3 Dazu sollen insbesondere Modelle geprüft werden, bei denen junge Menschen,
4 Auszubildende, Studierende und Menschen mit geringem Einkommen durch staatliche
5 Zuschüsse oder zinslose Kredite beim Erwerb des Führerscheins unterstützt werden.

6 1. Mobilität als Grundvoraussetzung für gesellschaftliche TeilhabeIn vielen
7 ländlichen Regionen Sachsens. Insbesondere im Landkreis Zwickau sind Menschen
8 auf ein Auto angewiesen, da der öffentliche Nahverkehr oft unzureichend
9 ausgebaut ist. Ein Führerschein ermöglicht den Zugang zu Bildung, Arbeit und
10 sozialem Leben.

11 2. Hohe Kosten als Barriere für junge Menschen und GeringverdienendeEin
12 Führerschein kostet mittlerweile zwischen 2.500 und 4.000 Euro. Viele junge
13 Menschen, insbesondere Auszubildende und Studierende, können sich diese Summe
14 kaum leisten. Auch Menschen mit geringem Einkommen stehen vor einer finanziellen
15 Hürde, die ihre beruflichen Chancen einschränkt.

16 3. Führerschein als Schlüssel für den ArbeitsmarktViele Berufe, insbesondere im
17 Handwerk, in der Pflege oder in der Logistik, setzen einen Führerschein voraus.
18 Ohne Unterstützung verlieren Jugendliche und Arbeitssuchende wertvolle
19 Beschäftigungsmöglichkeiten.

20 4. Erfolgreiche Modelle aus anderen LändernIn Österreich gibt es bereits Zuschüsse
21 für junge Menschen, um den Führerschein zu erwerben. In Deutschland gibt es
22 Pilotprojekte mit staatlichen Darlehen für Berufsschüler. Diese Ansätze sollten
23 auch in Sachsen geprüft und ausgebaut werden.

24 5. Entlastung für FamilienViele Eltern müssen die Kosten für den Führerschein ihrer
25 Kinder mittragen, was angesichts steigender Lebenshaltungskosten eine enorme
26 Belastung darstellt. Ein staatliches Unterstützungsmodell würde Familien
27 finanziell entlasten.

28 6. Förderung durch BildungsprogrammeDer Erwerb des Führerscheins sollte in
29 bestehende Bildungsprogramme integriert werden. Beispielsweise durch
30 Kooperationen mit Berufsschulen und Fahrschulen, sodass junge Menschen den
31 Führerschein mit ihrer Ausbildung verknüpfen können.

32 Forderungen:

33 1. Einführung eines staatlichen Förderprogramms für bezahlbare Führerscheine,

- 34 insbesondere für junge Menschen, Auszubildende, Studierende und Geringverdiener.
- 35 2. Prüfung von zinslosen Krediten oder Zuschüssen für den Führerscheinerwerb, um
36 finanzielle Hürden abzubauen.
- 37 3. Berücksichtigung des Führerscheinerwerbs in bestehenden Bildungs- und
38 Qualifizierungsprogrammen.
- 39 4. Prüfung von Kooperationen mit Fahrschulen und Unternehmen, um vergünstigte
40 Angebote für Führerscheinausbildungen zu schaffen.
- 41 5. Einbindung der kommunalen Ebene, um regionale Fördermodelle zu entwickeln, die
42 sich an den Bedürfnissen des ländlichen Raums orientieren.
- 43 6. Wir erkennen an, dass der Individualverkehr durch den ÖPNV einzudämmen ist,
44 zugleich aber der ländliche Raum noch Nachholbedarf hat und bis dahin der Erwerb
45 eines Führerscheins die einzige Lösung ist.

Begründung

erfolgt mündlich

Kommentarfeld Fachreferent*innen

Empfehlung AK: Zusammenbehandlung mit KVV 4

Antrag KVW 4: Der Weg ist das Ziel – der Führerschein der Zukunft für alle

Laufende Nummer: 63

Antragsteller*in:	AG Jusos Sachsen
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	KVW - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

- 1 Der LPT der SPD Sachsen möge beschließen:
- 2 Der Führerschein bedeutet für viele junge Menschen, vor allem im ländlichen Raum,
- 3 eines – Freiheit. Diese Freiheit wird auf vielfältige Weise gestützt.
- 4 Viele Jugendliche warten Monate, in extremen Fällen sogar Jahre auf einen freien
- 5 Platz in der Fahrschule. Wenn jedoch keine regelmäßigen Fahrstunden stattfinden
- 6 können, geht nahezu sämtlicher bisher erreichter Fortschritt wieder verloren und muss
- 7 neu aufgearbeitet werden, was zudem finanziell kaum zu stemmen ist. Der Führerschein
- 8 wird immer teurer, die Plätze immer seltener und die Durchfallquote schnellst
- 9 exponentiell nach oben.
- 10 Der Führerschein bedeutet für viele junge Menschen eines – Freiheit. Diese Freiheit
- 11 wird auf vielfältige Weise gestützt.
- 12 Wir sind der festen Überzeugung: Fahrschule muss zukunftsfähig werden – bezahlbar,
- 13 klimaneutral und für alle zugänglich.
- 14 Gerade für den ländlichen Raum ist es entscheidend, als junger Mensch so schnell wie
- 15 möglich an einen Führerschein zu kommen – dies bedeutet Teilhabe an Kultur und dem
- 16 gesellschaftlichen Leben sowie eine Unterstützung für die ganze Familie.
- 17 Viele Jugendliche warten Monate, in extremen Fällen sogar Jahre auf einen freien
- 18 Platz in der Fahrschule. Wenn jedoch keine regelmäßigen Fahrstunden stattfinden
- 19 können, geht nahezu sämtlicher bisher erreichter Fortschritt wieder verloren und muss
- 20 neu aufgearbeitet werden, was zudem finanziell kaum zu stemmen ist. Der Führerschein
- 21 wird immer teurer, die Plätze immer seltener und die Durchfallquote schnellst
- 22 exponentiell nach oben.
- 23 Wir sind der festen Überzeugung: Fahrschule muss zukunftsfähig werden – bezahlbar,
- 24 klimaneutral und für alle zugänglich.
- 25 Klimaneutral zum Führerschein
- 26 Der Individualverkehr wird auch in Zukunft eine Rolle spielen. Besonders im
- 27 ländlichen Raum ist der völlige Verzicht auf Individualverkehr und die reine Nutzung
- 28 des ÖPNV in ferner Zukunft. Aber auch für Konzepte des Car-Sharings benötigt es einen
- 29 Führerschein. Handwerksunternehmen, Pflegedienste, Reinigungsfirmen und Weiteres sind
- 30 auf Fachkräfte mit Führerschein angewiesen. Der Führerschein der Klasse B ist
- 31 Voraussetzung für die weiterführenden Führerscheine: LKW, Bus. Fahrschulen werden
- 32 daher auch nach dem Verbrenner-Aus für den Individualverkehr, Rettungsdienste und dem
- 33 ÖPNV ausbilden.
- 34 Als erster Kontaktpunkt für junge Menschen als Fahrer:in müssen Fahrschulen Vorbild

35 für Klimaneutralität sein.

36 Wir fordern daher:

37 - Fahrschulen müssen bei der Anschaffung von E-Autos finanziell unterstützt werden.

38 Möglich wäre hier zum Beispiel der Erlass der Umsatzsteuer vom Kauf und Umbau von E-
39 Autos, die als Fahrschulauto genutzt werden.

40 - Fahrschulen werden bei der Anschaffung von Ladesäulen und weiteren Möglichkeiten
41 der Ladung finanziell unterstützt. Auch bei der Installation von Solaranlagen und
42 anderen erneuerbaren Energien werden Fahrschulen finanziell unterstützt.

43 Führerschein bezahlbar machen

44 Der Führerschein ist für viele Menschen mittlerweile unbezahlbar. Einen Führerschein
45 kann sich nur noch leisten, wer aus einem finanziell starken Haushalt kommt. Die
46 Preise für den Führerschein benachteiligen Menschen aus finanziell schwachen
47 Familien. Sie benachteiligen viele Menschen somit auch bei der Teilhabe an Kunst,
48 Kultur, Politik und vielen anderen gesellschaftlichen Ereignissen.

49 Um die Preise für Führerscheine zu deckeln, fordern wir:

50 - eine Führerscheinpreisbremse im Sinne einer Mietpreisbremse

51 - komplett Übernahme der Kosten des Theorie Teils inklusive Lernmaterialien

52 - Beschäftigte können von der Agentur für Arbeit zusammen mit dem/der Arbeitgeber:in
53 im Rahmen der „Mitarbeiterqualifizierung“ während der Arbeitszeit qualifiziert
54 werden. Z.B. kann der „LKW“- Führerschein erworben werden. Der Führerschein der
55 Klasse B ist bisher nicht möglich. Wie oben genannt ist aber auch Dieser eine
56 wichtige kostenintensive Qualifizierung für die Arbeitswelt. Als Abstufung zu den C-
57 und D- Klassen, könnte für die B- Klasse gelten, dass sich die Förderung lediglich
58 auf die Ausbildungskosten erstreckt.

59 Wir fordern die Erweiterung des Angebots wie oben beschrieben. Um Azubis bestmöglich
60 zu unterstützen, soll dieses Angebot bereits nach der Unterzeichnung des
61 Ausbildungsvertrages und damit vor Beginn der Ausbildung bestehen.

62 Neue Fahrschulen braucht das Land

63 Ein Grund für die steigenden Kosten und langen Wartezeiten ist der Rückgang von
64 Fahrschulen und Fahrlehrer:innen.

65 Wir fordern daher:

66 - Ähnlich wie bei Volkshochschulen werden Kommunen bei der Gründung von
67 Gesellschaften mit dem Ziel des Führerscheinwerbs unterstützt. Eine Erweiterung des
68 Angebotes der Volkshochschulen oder anderer kommunaler/staatlicher Bildungsträger ist
69 ebenso möglich. Der Betrieb von Fahrübungsplätzen soll durch Kommunen ermöglicht und
70 unterstützt werden.

71 - Unternehmensgründungen im Bereich der Fahrschulen müssen vorangetrieben und
72 unterstützt werden. Der Freistaat muss hierfür bestehende Netzwerke und
73 Beratungsangebote-, , sowie Gründungs- und Betriebsübernahmeförder ausbauen.

74 - Spezielle Gründungs- und Betriebsübernahmeförderungen, wenn ein/e Fahrlehrer:in
75 sich im ländlichen Raum niederlässt.

76 Den Weg zur Fahrlehrer:in verbessern

77 Alle Forderungen können nur mit genügend Fahrlehrer:innen umgesetzt werden. Dafür
78 braucht es mehr Fahrlehrer:innen. Die Kosten der Ausbildung sind mit durchschnittlich
79 12.000€ sehr hoch.

80 Fahrlehrer stehen regelmäßig in der Kritik. Besonders junge Frauen leiden regelmäßig
81 unter der Willkür von Fahrlehrern.

82 Um den Weg zur Fahrlehrer:in zu verbessern, fordern wir:

83 - die aktuellen Durchfallquote von 40 % muss die Ausbildung sowie die Prüfung neu
84 evaluiert werden um bessere Erfolgschancen zu garantieren

85 - Bei der Ausbildung muss ein Teil zur Sensibilisierung der angehenden
86 Fahrlehrer:innen eingebunden werden. Ziel ist es, dass das Fahrschulauto ein sicherer
87 Ort für Schüler:in und Lehrer:in ist.

88 - Die Kosten der Fahrlehrer:innenausbildung müssen stärker durch die Arbeitsagenturen
89 und Jobcenter kofinanziert werden. Die Erlasse beim Aufstiegs BAFÖG müssen erhöht
90 werden, das unterstützt nicht nur Fahrlehrer:innen.

91

92 - Die Förderung von Innenraumkameras um Fahrstunden sicher zu machen

93 Der Führerschein als Lebensretter

94 Ohne Führerscheine haben wir keinen funktionierenden Katastrophenschutz und
95 Rettungswagen und Feuerwehren bleiben im Notfall aus. Der im Großteil ehrenamtlich
96 organisierte Katastrophenschutz ist auf Führerscheine angewiesen. Die notwendigen
97 Führerscheine werden größtenteils durch die Kommunen oder Träger des
98 Katastrophenschutzes bezahlt. Im Ehrenamt wartet man jedoch sehr lang auf die
99 notwendige Ausbildung – noch länger wartet man als Frau im Katastrophenschutz.

100 Wir fordern daher:

101 - Die komplette Finanzierung des notwendigen Führerscheins durch die Kommunen und
102 Träger des Katastrophenschutzes. Die Kommunen müssen dafür mit ausreichend Mitteln
103 ausgestattet werden.

104 - Frauen im Ehrenamt sollen gezielt angesprochen werden, Ausbildungen zu nutzen. Eine
105 verlängerte Wartezeit auf zwingend notwendige Fahrschul Ausbildung für Frauen ist
106 sofort zu beenden.

Antrag KVV 5: Wenn Fuß auf dem Gas, muss Handy aus der Hand

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	OV Hoyerswerda und Umgebung
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

1 *Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:*

2

3 In Anbetracht des hohen Verkehrssicherheitsrisikos durch „Handy am Steuer“ und der
4 fortschreitenden Technik, z. B. durch eine spezielle Kamera namens Monocam, die
5 erkennt, ob Führende eines Kraftfahrzeuges während der Fahrt mit dem Handy
6 beschäftigt sind, soll der Landesparteitag beschließen und an den Bundesparteitag zur
7 weiteren Behandlung in der Bundesregierung weiterleiten, dass folgende Änderungen
8 (siehe Bußgeldtabelle „Handy am Steuer“) im zukünftigen Bußgeldkatalog zur Anwendung
9 kommen, welche dem Fahren mit Alkohol am Steuer entsprechen.

10

11 Bußgeldtabelle „Handy am Steuer“:

12 • Als Kraftfahrer das Handy am Steuer genutzt

13 • Bußgeld: 528,50 Euro

14 • Punkte: 2

15 • Fahrverbot: 1 Monat

• ... mit Gefährdung

16 • Bußgeld: 1.053,50 Euro

17 • Punkte: 2

18 • Fahrverbot: 3 Monat

19 • ... mit Sachbeschädigung

• Bußgeld: 1.578,50 Euro

20 • Punkte: 2

21 • Fahrverbot: 3 Monat

22

23

24

Begründung

Immer mehr Menschen lenken sich beim Autofahren mit dem Handy ab, obwohl sie am Steuer sitzen. So hat sich der Anteil an Autofahrerinnen und -fahrern, die das Smartphone beim Autofahren in die Hand nehmen, um eine Textnachricht zu schreiben oder zu lesen, zwischen 2016 und 2022 von 15 auf 24 Prozent um fast zwei Drittel erhöht, was zu einem mehr als 50 Prozent erhöhtem Unfallrisiko führt [1]. Diese Zahlen sind für alle Verkehrsteilnehmer mehr als besorgniserregend, dennoch ist „Handy am Steuer“ in Deutschland bisher ein Kavaliersdelikt.

Für die Benutzung eines Smartphones während des Führens eines Kraftfahrzeuges (ohne Gefährdung und Beschädigungen) fällt laut Bußgeldkatalog ein Punkt, kein Fahrverbot und 128,50 EUR Bußgeld an [2]. In Italien muss man für das gleiche Vergehen bis zu 1000,00 EUR Strafe bezahlen [3].

Wer den Fuß auf dem Gas hat, sollte unbedingt das Handy aus der Hand legen, um nicht vom Straßenverkehr abgelenkt zu sein. Schließlich weisen Unfallforscher seit Langem darauf hin, dass Ablenkung eine der Hauptunfallursachen ist [4]. Doch hier-zulande ist die Abschreckung durch zu geringe Bußgelder zu niedrig.

Quellen:

[1] https://www.allianz.com/de/mediencenter/news/studien/230301_Allianz-Moderne-Technik-lenkt-Fahrer-zu-stark-ab.html (05.03.2025; 20.12 Uhr)

[2] <https://www.bussgeldkatalog.org/handy/> (05.03.2025; 20.18 Uhr)

[3] <https://www.adac.de/news/verkehr-italien-bussgelder-teurer/> (05.03.2025; 20.20 Uhr)

[4] Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 23.02.2025, Seite 47

Antrag KVV 6: Die Erstellung von INSEK/INGEKO* standardisieren und vollständig aus Landesmitteln finanzieren

Laufende Nummer: 51

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, die Landtagsfraktion aufzufordern, den von der
- 2 Fachstelle für integrierte Gemeindeentwicklung zur Verfügung gestellten
- 3 Handlungsleitfaden zu einem landesweit verbindlichen Standard der INSEK/INGEKO
- 4 Erstellung weiterzuentwickeln und gleichzeitig im Rahmen der Haushaltsplanung dafür
- 5 Sorge zu tragen, dass die INSEK/INGEKO-Erstellungen, die auf der Basis dieses
- 6 Standards erfolgen, vollständig aus Landesmitteln finanziert werden.

Begründung

Das Vorhandensein eines INSEK/INGEKO ist Voraussetzung für die Inanspruchnahme diverser Fördermittel der unterschiedlichen politischen Ebenen. Gleichzeitig fällt es den finanzschwachen Kommunen schwer, die notwendigen Eigenmittel zur Erstellung aufzubringen, diese Konzepte laufend zu evaluieren und fortzuschreiben. Dies führt dann in der Folge zu einer weiteren Verschlechterung der finanziellen Lage der Kommunen, da sie beim Fehlen eines solchen Konzeptes keine Fördermittel nutzen können. Mit "Frag doch INGE!" hat das Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung einen Handlungsleitfaden und ein Beratungsinstrument entwickelt, das einen Standard bilden kann, dessen Einhaltung für ausreichend Transparenz und Bürgerbeteiligung sorgt. Somit kann auch Beratungsleistung zur Erstellung solcher Konzepte effizienter eingekauft und transparenter bepreist werden.

* INSEK und INGEKO sind in Sachsen verwendete Begriffe für ein Integriertes Stadt- und Gemeindeentwicklungskonzept. Sie sind strategische Planungsdokumente, die die Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung von Städten und Gemeinden festlegen.

Antrag KVW 7: Antrag zur Kulturerhaltung im Landkreis Zwickau – Sicherung der Zukunft des Theaters Plauen-Zwickau

Laufende Nummer: 33

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	KVW - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

1 Die SPD Sachsen setzt sich auf kommunaler, landes- und bundespolitischer Ebene
2 verstärkt für die nachhaltige Sicherung und Förderung kultureller Einrichtungen im
3 Landkreis Zwickau ein. Dies betrifft insbesondere das Theater Plauen-Zwickau, das
4 seit Jahren unter massiven finanziellen Engpässen leidet und akut in seinem Bestand
5 gefährdet ist.

6 Kultur ist kein Luxus, sondern essenzieller Bestandteil einer lebendigen
7 Gesellschaft. Sie bietet Raum für Bildung, Inspiration und Gemeinschaft. Gerade in
8 Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen. Dennoch sehen sich viele
9 Kultureinrichtungen, insbesondere in strukturschwachen Regionen, mit finanziellen
10 Kürzungen konfrontiert.

11 Das Theater Plauen-Zwickau als eine der wichtigsten Kulturinstitutionen der Region
12 ist in seiner Existenz bedroht. Bereits in den vergangenen Jahren wurde massiv
13 eingespart:

- 14 • Zusammenlegung von Personalstellen, wodurch künstlerische und technische Abläufe
15 erschwert wurden.
- 16 • Steigende Kosten für Energie und Personal, während die Fördermittel auf
17 gleichbleibendem Niveau stagnieren.
- 18 • Weniger Planungssicherheit, was zu Vorstellungsausfällen führt und langfristig
19 das Publikum vergrault.

20 Ein kultureller Kahlschlag hätte nicht nur Folgen für die Beschäftigten des Theaters,
21 sondern auch für die gesamte Region: Bildungseinrichtungen, lokale Wirtschaft und das
22 gesellschaftliche Leben insgesamt würden massiv darunter leiden.

23

24 Forderungen:

- 25 1. Finanzielle Absicherung: Die SPD fordert von der Stadt, dem Landkreis sowie dem
26 Freistaat Sachsen eine verlässliche Finanzierung des Theaters Plauen-Zwickau, um
27 dessen langfristigen Erhalt zu sichern.
- 28 2. Evaluierung des sächsischen Kulturraumgesetzes: Die SPD setzt sich für eine
29 Anpassung des Kulturraumgesetzes ein, um eine gerechtere und bedarfsgerechte
30 Verteilung von Fördermitteln zu erreichen.
- 31 3. Breite politische Unterstützung: Die SPD arbeitet aktiv mit anderen Akteuren aus
32 Kultur, Politik und Wirtschaft zusammen, um das Theater als unverzichtbaren
33 Bestandteil der Region zu erhalten.
- 34 4. Sensibilisierung der Öffentlichkeit: Die SPD wird sich in der Öffentlichkeit und

- 35 in politischen Gremien für den Erhalt der Kultur stark machen und dabei auch
36 Initiativen wie Bürgerpetitionen und Spendenaktionen unterstützen.

Begründung

Kultur darf nicht zum Opfer von Sparmaßnahmen werden. Wer an Kultur spart, spart an der Zukunft unserer Gesellschaft. Die SPD Sachsen muss ein starkes Zeichen setzen und sich klar für die langfristige Sicherung des Theaters Plauen-Zwickau und der gesamten Kulturlandschaft in der Region positionieren.

Antrag KVV 8: Null-EURO Ticket für Rentner im ÖPNV

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die Landtagsfraktion*
- 2 *weiterleiten:*
- 3 Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, dass die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel
- 4 mittels Null-Euro-Ticket kostenfrei möglich ist.
- 5
- 6

Begründung

Mit zunehmendem Alter ist es ratsam, vom eigenen Auto auf Bus und Bahn zu wechseln. Transportkosten zum Arzt mittels Fahrdienstes erstatten Krankenkassen nur für stationäre Behandlungen. Niedrige Renten setzen der Mobilität im Alter Grenzen. Hier kann das Null-Euro-Rentner-TicketAbhilfe schaffen.

Antrag P 1: Zukunftsfähigkeit und Netzwerkstärkung der SPD-Ochsentour

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	OV Hoyerswerda und Umgebung
Empfehlung Antragskommission:	Konsensliste
Sachgebiet:	P - Parteileben
Antragsblock:	7

1 *Der Landesparteitag möge beschließen und an den SPD-Landesvorstand Sachsen*
2 *weiterleiten:*

3

4 Wir bitten den SPD-Landesvorstand Sachsen um die Erledigung zweier Arbeitsaufträge:

5

6 1. Fortführung der SPD-Ochsentour ab 2026 nach konzeptioneller Überarbeitung anhand
7 mindestens folgender Prämissen:

- 8 • a) Zielgruppenansprache - Vielfalt und Inklusion
- 9 • b) Inhalte der Module - Praktische Anwendbarkeit
- 10 • c) Zeitrahmen und Veranstaltungsformate
- 11 • d) Anpassungsfähigkeit auf aktuelle politische Ereignisse
- 12 • e) Motivation und langfristige Bindung
- 13 • f) Finanzierbarkeit und Förderung

14

15 2. Durchführung eines SPD-Ochsentour-Alumnitreffens für alle Jahrgangsteilnehmenden
16 ab 2017 zum 10-jährigen Jubiläum im Jahr 2027. Mit den Zielen:

- 17 • a) Netzwerkaufbau und -pflege
- 18 • b) Förderung politischer Initiativen
- 19 • c) Mentoring und Unterstützung

20

21 Zu 1.) Mögliche Fragestellungen für die konzeptionelle Überarbeitung sind:

- 22 • *Welche zusätzlichen Maßnahmen könnten ergriffen werden, um eine breitere Gruppe*
23 *von Menschen zu erreichen, z. B. Menschen mit Migrationshintergrund oder*
24 *Menschen aus ländlichen Regionen? Wie können die genderspezifischen Ziele weiter*
25 *ausgebaut werden?*
- 26 • *Die bisherigen Formate setzen auf klassische Präsenzseminare. Sollten auch*
27 *hybride Modelle (z. B. Online-Formate oder Webinare) angeboten werden, um eine*
28 *breitere Zielgruppe anzusprechen?*
- 29 • *Sollten die Modulinhalte stärker auf digitale Kommunikation in den sozialen*
30 *Medien fokussiert werden? Wie können neue Technologien und Kommunikationsformen*
31 *berücksichtigt werden?*

- 32 • *Wie flexibel sollten die Seminarkonzepte sein, um auf aktuelle politische*
33 *Ereignisse zu reagieren?*
- 34 • *Wie können die Module interaktiver und praxisorientierter gestaltet werden? Zum*
35 *Beispiel "Krisenmanagement und Führung in schwierigen Zeiten". Welche neuen*
36 *Herausforderungen müssen die Führungskräfte in der SPD ansprechen? Wie kann*
37 *Mitgliederüberzeugung aus Ausbildungsthema aufgenommen werden?*
- 38 • *Welche externen Expert*innen könnten als Berater*innen oder Seminarleiter*innen*
39 *eingebunden werden?*
- 40 • *Wie kann ein kontinuierlicher Austausch zwischen den Teilnehmenden gefördert*
41 *werden? Wie kann der Erfolg der Teilnehmer*innen langfristig verfolgt werden?*
42 *Wie kann die langfristige Bindung der Teilnehmer*innen an die SPD gestärkt*
43 *werden?*

44

45 Zu 2.) Alumni-Treffen:

- 46 • *Eine stärkere Nachbetreuung oder der Aufbau von Karrierenetzwerken könnte*
47 *helfen, die Teilnehmerinnen auch nach dem Seminar in der SPD aktiv zu halten.*
- 48 • *Die Ergebnisse der Seminarteilnehmer*innen, wie etwa politische Engagements oder*
49 *der Einstieg in öffentliche Ämter, sollten erfasst und gefeiert werden, um die*
50 *Motivation für zukünftige Generationen zu erhöhen.*
- 51 • *Praktische Erfahrung in der Politik ist entscheidend. Eine Zusammenarbeit mit*
52 *aktiven Politikern in realen Projekten und Kampagnen soll Teil des Programms*
53 *werden.*

Begründung

Nach den anstrengenden Wahljahren 2024 und 2025 soll die interne Qualifizierungsreihe „Ochsentour“ der SPD Sachsen ab 2026 in die nächste Runde starten. Um Talente zu fördern, die mehr Verantwortung in der SPD zu übernehmen wollen, ein öffentliches Amt oder Mandat zu bekleiden wollen oder im professionellen politischen Umfeld arbeiten wollen. Die motiviert auch bereits „etablierte“ Genoss*innen zur Weiterbildung.

Die alten Modulthemen sind überarbeitungswürdig:

- MODUL 1: Kommunikationsmanagement:
Sicher auftreten; überzeugend argumentieren; Gremien und Gruppen erfolgreich leiten und moderieren (Rhetoriktraining, Präsentationstraining, Moderieren und Leiten, Wissensmanagement)
- MODUL 2: Medientraining
Interviews geben; das eigene Thema verfolgen; Umgang mit schwierigen Fragen.
- MODUL 3: Gesprächsführung und Verhandlungstraining
Gesprächshaltung; Gesprächstypen; Wahrnehmen und Zuhören; Gesprächsvorbereitung; mit Fragen steuern; Verhandlungstechniken.
- MODUL 4: Veränderungsmanagement / Strategieentwicklung
Was sind Veränderungsprozesse? Was ist Strategie? --> Einflussfaktoren, Spannungsfelder, Voraussetzungen, Werkzeuge.

- MODUL 5: Führungspersönlichkeit, Individuelle Persönlichkeit & Kompetenzentwicklung
Führungsleitbild, Führungsrollen, Selbstreflexion & Selbst-Coaching, Führungskompass, Networking,
Motivieren und Integrieren.

Antrag P 2: Einführung einer Regionalquote zur Besetzung des Landesvorstandes der SPD Sachsen

Laufende Nummer: 35

Antragsteller*in:	KV Erzgebirge, UB Chemnitz, KV Mittelsachsen, UB Vogtland
Empfehlung Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	P - Parteileben
Antragsblock:	7

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge nachfolgende Ergänzung des Statuts der SPD*
2 *Sachsen beschließen:*
- 3 **Einführung eines Absatzes 3a in § 11 des Statuts des SPD-Landesverbandes Sachsen:**
- 4 „Bei der Besetzung des Landesvorstands ist darauf zu achten, dass jede Gliederung
5 gem. § 3 Abs. 2 mit mindestens einem stimmberechtigten Mitglied im Landesvorstand
6 vertreten ist, soweit es Kandidierende aus den jeweiligen Gliederungen gibt
7 (Regionalquote). Ist eine Gliederung nach den Regelungen der Wahlordnung der SPD
8 nicht mit mindestens einem stimmberechtigten Mitglied vertreten, bleibt ein
9 Beisitzer-Posten im Landesvorstand in dieser Wahlperiode unbesetzt. Die Regelungen
10 zur Quotierung gemäß § 11 Abs. 2 Organisationstatut der SPD bleiben davon unberührt.“

Begründung

Der Landesverband wird vom Landesvorstand geleitet. Der Landesvorstand besteht in der Regel aus 22 stimmberechtigten Mitgliedern:

- Landesvorsitzende/r (ein oder zwei Personen, bei zwei, davon mind. eine Frau)
- zwei stellv. Landesvorsitzende/r (davon mind. eine Frau)
- 17 Beisitzer/innen (§ 5 Abs. 1 des Statuts der SPD Sachsen).

Kandierende aus den Gliederungen können sich für einen Sitz im Landesvorstand bewerben.

Wir haben engagierte Genossinnen und Genossen in allen Teilen Sachsens, die sich im ganz überwiegenden Teil der Fälle ehrenamtlich vor Ort für bessere Lebensbedingungen der Menschen unter Beachtung der sozialdemokratischen Grundsätze einsetzen. Damit die SPD Sachsen den Bezug zu den jeweiligen Problemen und Themen vor Ort nicht verliert, halten wir es für erforderlich, dass im Landesvorstand der SPD Sachsen aus jeder Gliederung unseres Landesverbandes (aktuell 13 Unterbezirke bzw. Kreis-/Stadtverbände) mindestens ein stimmberechtigtes Mitglied vertreten ist.

Dies würde dafür Sorge tragen, dass alle sächsischen Regionen innerparteilich in der SPD Sachsen Gehör finden und in Hinblick auf die Aufgabenvielfalt des Landesvorstandes für ihre jeweilige Region zur Willensbildung beitragen können. Auch Bezug nehmend auf die Organisation von Wahlkämpfen halten wir die Einführung einer sogenannten „Regionalquote“ im Landesvorstand für sinnvoll, da sich die Anforderungen an Wahlkampfarbeit regional massiv unterscheiden können. Dies sollte von Beginn an bei der Wahlkampfstrategie, die der Landesvorstand berät und beschließt, mitgedacht werden.

Aktuell wird es so gehandhabt, dass nicht vertretene Unterbezirke als beratende Mitglieder im Landesvorstand auf Beschluss hinzugezogen werden. Dies stellt zwar sicher, dass die Themen des Landesvorstandes auch die Gliederungen erreichen, die nicht stimmberechtigt vertreten sind. Es ermöglicht jedoch keine parteipolitische Teilhabe, da diese Gliederungen keine Entscheidungsbefugnis

haben.

Um die Wahlbefugnisse der Delegierten des Landesparteitages nicht zu untergraben, wird vorgeschlagen, dass bei Nichtwahl von mindestens einem Kandidierenden einer Gliederung, dann nicht ein/e Kandidat/in als dennoch automatisch gewählt gilt, nur damit die Gliederung vertreten ist, sondern, dass anstatt dessen ein Beisitzer-Posten für die kommende Legislatur unbesetzt bleibt. Liegt aus einer Gliederung nur eine Bewerbung für eine der fünf Funktionsebenen (Vorsitz, Stellvertretung, Generalsekretär/in, Schatzmeister/in, Beisitzer/innen) vor, bleibt bei Nichtwahl trotzdem nur ein Beisitzer-Posten frei.

Kommentarfeld Fachreferent*innen

Nichtbehandlung, da in vorliegender Form unzulässig

Antrag P 3: Parteistrukturen im ländlichen Raum sichtbar und wirksam machen

Laufende Nummer: 47

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	P - Parteileben
Antragsblock:	7

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, dass innerparteiliche Maßnahmen zur Stärkung
- 2 der SPD-Strukturen im ländlichen Raum entwickelt und umgesetzt werden. Dies
- 3 beinhaltet insbesondere eine verbesserte Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit in
- 4 ländlichen Regionen, insbesondere durch die Nutzung mobiler Bürgerbüros, eine
- 5 gezielte Unterstützung bei der Mitgliedergewinnung sowie den Aufbau ortsbezogener
- 6 Informations- und Veranstaltungsformate. Der Landesvorstand wird aufgefordert, noch
- 7 im Jahr 2025 ein Interessenbekundungsverfahren innerhalb der SPD Sachsen zu
- 8 initiieren, mit dem Ziel der Gründung einer Lenkungsgruppe Ländlicher Raum.

Begründung

Die SPD darf den ländlichen Raum nicht den populistischen Parteien überlassen. Gerade in mitgliederschwachen Regionen braucht es sichtbare Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie eine kontinuierliche Präsenz der Partei. Mitgliedschaft darf nicht an Stadtgrenzen Halt machen. Es gilt, gemeinsam mit den Ortsvereinen vor Ort zu entwickeln, was gebraucht wird, um Menschen für sozialdemokratische Politik zu begeistern – unabhängig von geografischen oder demografischen Voraussetzungen.

Antrag P 4: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf Landesebene professionalisieren

Laufende Nummer: 43

Antragsteller*in:	OV Leipzig-Mitte
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	P - Parteileben
Antragsblock:	7

1 Der **Landesparteitag** der SPD Sachsen möge beschließen:

2 1) Die Vorbereitungen für das Superwahljahr 2029 beginnen schon heute. Der
3 Landesverband Sachsen wird dazu aufgerufen, die Öffentlichkeitsarbeit auf Landesebene
4 und in den Unterbezirken personell und finanziell in geeigneter Weise zu stärken, um
5 die Reichweite bis 2029 zu verdoppeln und eine schlagkräftige, kampagnenfähige
6 Struktur zu etablieren.

7 2) Mindestens 25% der jährlichen Einnahmen auf Landesebene sollen für professionelle
8 Öffentlichkeitsarbeit investiert werden. Darunter sind z.B. hauptamtliche Mitarbeiter
9 und externe Dienstleister im Bereich Grafikdesign, Text, Werbung und Beratung zu
10 verstehen.

Begründung

Wir verlieren. Von Jahr zu Jahr und von Wahl zu Wahl verlieren wir als SPD – wenn schon nicht immer Stimmen, dann doch zumindest Aufmerksamkeit. In einer Welt, die zunehmend populistischer wird, erreichen aktuell nur die lauten, schrillen, extremen Stimmen anderer Parteien noch potentielle Wählerinnen und Wähler außerhalb der eigenen Blase. Dagegen kommt die Stimme der Vernunft, des Ausgleichs und des Miteinanders alleine nicht mehr an.

Wir sind bemüht. Natürlich geben wir nicht kampflos auf, sondern versuchen mitzuhalten. Jedoch sind die Ressourcen im Ehrenamt begrenzt und nach den harten, zermürenden Wahlkämpfen der letzten Monate mit wenig Erfolgsmeldungen sind die Kräfte dafür erschöpft. Gleichzeitig wird es immer anspruchsvoller, gute Inhalte zu produzieren, die Reichweite generieren. Wir wollen gewinnen. Und dafür braucht es professionelle Unterstützung. Es braucht Menschen, die sich hauptamtlich um gute Öffentlichkeitsarbeit kümmern. Das muss uns etwas wert sein, denn ohne eine gute Vermarktung kann das beste Personal und der beste Inhalt nicht gewinnen. Wir werden gewinnen. Mit mehr Sichtbarkeit und Reichweite, mit frischen Ideen und hochwertiger Umsetzung. Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit sind eine Investition in Wahlerfolge der Zukunft.

Wir stellen jetzt die Weichen für ein erfolgreiches Superwahljahr 2029 in Sachsen.